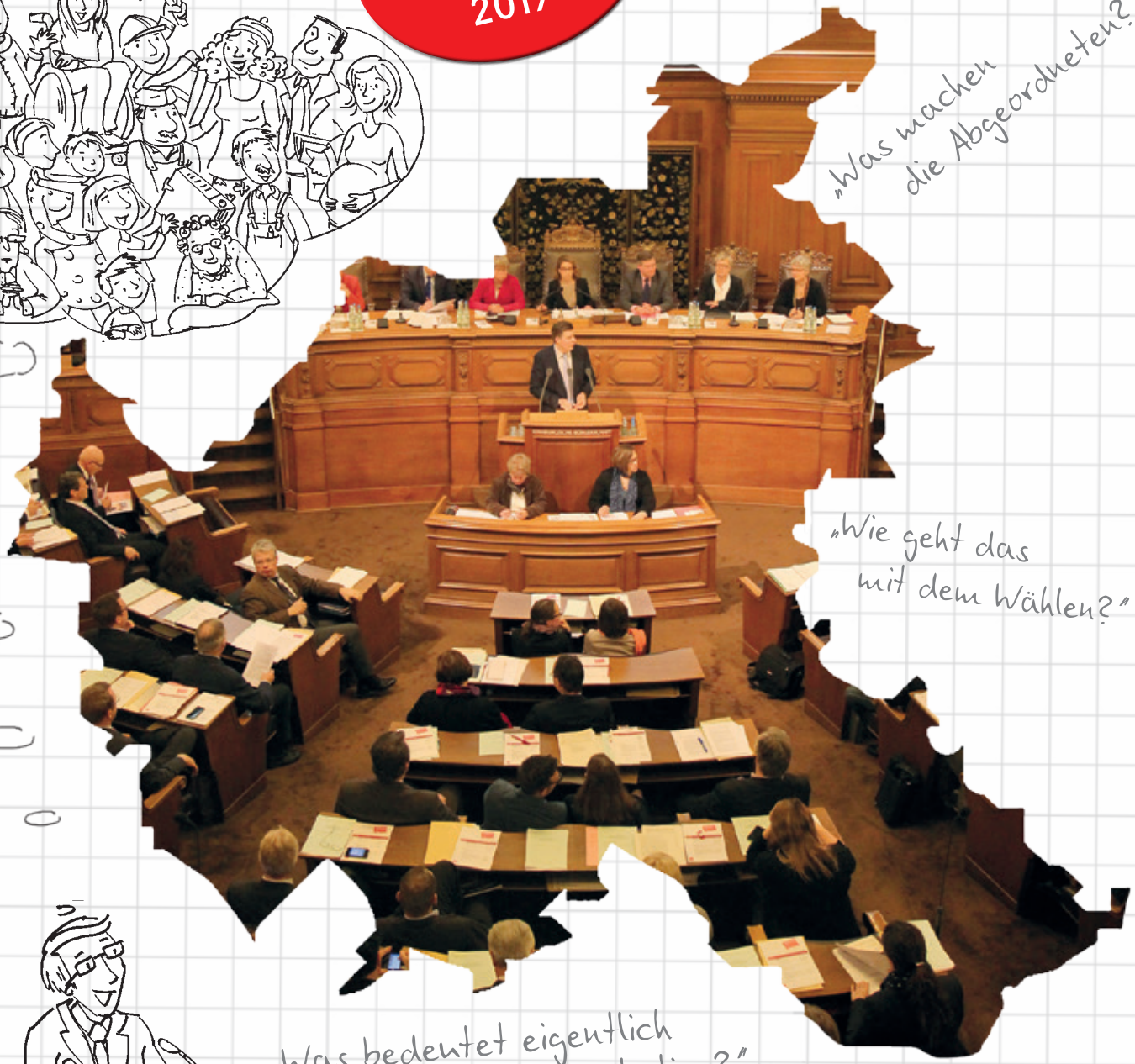
Die Hamburgische Bürgerschaft
Politik für unsere Stadt

Unterrichtsmaterial für den PGW-Unterricht in der Sekundarstufe I

aktualisierte Neuauflage 2017



„Was bedeutet eigentlich Repräsentation?"

HAMBURGISCHE BÜRGERSCHAFT

In Kooperation mit dem LI HAMBURG

Live und aktuell:
www.hamburgische-buergerschaft.de

Sie suchen die neuesten Pressemeldungen aus der Hamburgischen Bürgerschaft, Reden der Präsidiumsmitglieder oder Kurzberichte von aktuellen Geschehnissen? Der Internetauftritt der Hamburgischen Bürgerschaft bietet Ihnen diese Informationen aus erster Hand und noch viel mehr: Hier finden Sie auch Tagesordnungen von Plenar- und Ausschusssitzungen, die Daten aller 121 Abgeordneten sowie die Live-Übertragung der Bürgerschaftssitzung. Zudem erfahren Sie die neuesten Nachrichten aus der Bürgerschaft in den sozialen Netzwerken Facebook, Twitter und YouTube.

www.facebook.com/hamburgische.buergerschaft

www.twitter.com/buergerschaftHH

www.youtube.com/buergerschaftHH

Impressum

Herausgegeben von der Hamburgischen Bürgerschaft,
Bürgerschaftskanzlei, Stabsbereich Projekte und Veranstaltungen
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg, oeffentlichkeitsservice@bk.hamburg.de
Marco Wiesner (verantwortlich)
Autor: Stephan Benzmann (Gymnasium Eppendorf)
in Zusammenarbeit mit Tanit Nadler (Irena-Sendler-Stadtteilschule)
und Nela Riehl (Stadtteilschule Humboldstraße)
Redaktion: Dr. Helge Schröder (Landesinstitut für Lehrerbildung und
Schulentwicklung Hamburg) und Marco Wiesner (Bürgerschaftskanzlei)
Gestaltung und Gesamtproduktion: Satz·Zeichen·Buch, Hamburg
Illustration: Silke Reimers
Fotos: Bürgerschaftskanzlei und Michael Zapf

Hamburg, März 2017

Die Hamburgische Bürgerschaft
Politik für unsere Stadt

Unterrichtsmaterial für den PGW-Unterricht in der Sekundarstufe I

Inhalt

LM **Didaktisch-methodischer Kurzkommentar** 3

Die Hamburgische Bürgerschaft – Parlament für alle Hamburgerinnen und Hamburger 4
M 1 Bürgerschaft beschließt Haushalt 4
M 2 Inschrift über dem Rathausportal 5
M 3 Die Hamburgische Bürgerschaft – seit jeher Parlament für alle Hamburger? 5
M 4 Repräsentation als demokratisches Prinzip für die Bürgerschaft 7
M 5 Schaubild: Kreislauf der Repräsentation 8
M 6 Was bedeuten die Begriffe Fraktion, Opposition und Koalition? 8
M 7 Wie kommen die Repräsentanten in die Bürgerschaft? 10
M 8 Zehn Stimmen – Landesliste und Wahlkreisliste 12
M 9 Meine Wahlentscheidung – mit einer oder mit mehreren Stimmen? 13
M 10 Welche Aufgaben hat die Hamburgische Bürgerschaft? 14

Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft 19
M 11 Besondere Herausforderungen für Abgeordnete 19
M 12 Aufgaben von Abgeordneten 19
M 13 Beispiele für verschiedene Abgeordnetentypen 22
M 14 Tagesablauf einer Abgeordneten – ein Beispielbericht 24

Die Bürgerschaftspräsidentin – eine besondere Aufgabe 27
M 15 Die Aufgaben der Bürgerschaftspräsidentin 27

Der Gesetzgebungsprozess in der Hamburgischen Bürgerschaft 29
M 16 Verletzte durch Schlägereien mit Glasflaschen 29
M 17 Politische Abläufe in Hamburg verstehen 30
M 18 Die Gesetzgebung 31
LM Rollenspiel – Anleitung (für Lehrende) 34
M 19 Rollenspiel – Karten 36
M 20 Bürgerschaft beschließt erneut Glasflaschenverbot 45

Glossar 46

LM **Lösungshinweise (für Lehrende)** 47

Legende:

M 9 *Seiten mit diesem Zeichen beinhalten Material für die Schüler (Kopiervorlagen)*

LM *Seiten mit diesem Zeichen beinhalten Informationsmaterial für die Lehrkräfte (keine Kopiervorlagen!)*

Didaktisch-methodischer Kurzkommentar

Für junge Menschen ist schulische Bildung zum politischen System des Bundeslandes, in dem sie leben, ein bedeutender Bestandteil für die Herausbildung ihrer politischen Handlungs- und Urteilskompetenzen. Fragen wie „Warum soll man überhaupt wählen?“, „Was machen die Politiker?“ oder „Was bedeutet eigentlich Bürgerschaft?“ können Schülerinnen und Schüler ohne eine gute schulische Bildung oft nur schwer oder gar nicht beantworten.

Das vorliegende Unterrichtsmaterial vermittelt deshalb Kenntnisse und Kompetenzen über die **Funktionen und Arbeitsweisen der Hamburgischen Bürgerschaft** als zentrale Institution des politischen Systems Hamburgs. Indem die Ausschussarbeit thematisiert wird, erwerben Schülerinnen und Schüler zudem vertiefte Kenntnisse über diesen „Motor der Demokratie“, der auch in der Öffentlichkeit oft nur marginal beachtet wird. Politik als parlamentarischer Prozess wird so nachvollziehbar.

Das Material kann als Vorbereitung für einen Besuch der Bürgerschaft genutzt werden, aber auch als Vorbereitung für Erstwähler. Es ist an den Inhalten des Hamburger Bildungsplans für das Fach **PGW für die Sekundarstufe I an Stadtteilschulen und Gymnasien** orientiert und gibt den Lehrerinnen und Lehrern didaktisiertes Material inklusive Lösungen und Lösungshinweisen „an die Hand“. Es beginnt mit einem **grundlegenden Einführungsteil**, behandelt dann konkrete **Fallbeispiele** und mündet in ein **Rollenspiel**.

Allgemeindidaktisch zielt das Material auf die Herausbildung mündiger Bürger und die Motivation zur politischen Partizipation. Schülerinnen und Schüler werden in die Lage versetzt, die Wahlen zu ihrem Landesparlament und ihren eigenen Anteil daran reflektieren zu können. Vertiefte Kenntnisse über die Bürgerschaft sind wichtig, damit ein differenziertes Bild der Prozesse der repräsentativen Demokratie entsteht. Schülerinnen und Schüler sollten wissen, wer in Hamburg politisch entscheiden kann, und können dieses Wissen in ihre eigene politische Urteilsbildung miteinbeziehen. Dies wird insbesondere durch die – im Rahmenplan PGW vorgesehene – fachdidaktische Orientierung an der Fallanalyse erreicht. Die exemplarische Ausrichtung ermöglicht, Kenntnisse und Kompetenzen auf weitere politische Bereiche zu übertragen.

In den einzelnen Aufgaben werden die für das Fach PGW im Rahmenplan vorgesehenen Operatoren verwendet. Das gesamte Material wurde neben dem Autor, der Lehrer an einem Hamburger Gymnasium ist, auch von Kolleginnen, die an Stadtteilschulen unterrichten, geprüft, und es wurden Aufgaben ergänzt, die besonders für den Einsatz bei **leistungsschwächeren Lerngruppen** geeignet sind. Diese sind farblich in Grün abgesetzt.

Ein **Glossar** erläutert wesentliche in den Texten verwendete Begriffe.

Das Material kann durch die **Rechercheaufgaben**, die für projektartiges Arbeiten genutzt werden können, mit aktuellen Themen verknüpft werden.

Des Weiteren enthält das Material ein **Rollenspiel**, um im Rahmen des exemplarischen Lernens die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler im Umgang mit parlamentarischen Prozessen zu erweitern. Es kann in einer Doppelstunde – plus Hausaufgabenvorlauf – durchgeführt werden.

Auf dem YouTube-Kanal „Hamburgische Bürgerschaft“ finden Sie einen stets aktuellen **Film über die Hamburgische Bürgerschaft**, der die Aufgaben und die Funktionen der Bürgerschaft filmisch darstellt. Er kann z. B. als Wiederholung nach der Bearbeitung von Kapitel 1 ergänzend eingesetzt werden.

Um vor allem für leseschwache Schülerinnen und Schüler eine leichte Lesbarkeit der Texte zu gewährleisten, wird bei Personengruppen mitunter der normale Plural verwendet (Lehrer, Schüler, Experten etc.). Bei Ämtern wurde mal die **weibliche, mal die männliche Form** genutzt – innerhalb der jeweiligen Textabschnitte dann stringent. Selbstverständlich sind jeweils auch die nicht genannten Formen mit gemeint.

Die im gesamten Text verwendeten **Namen** sind grundsätzlich fiktiv.

Die Hamburgische Bürgerschaft – Parlament für alle Hamburgerinnen und Hamburger

POLITIK

M 1 Bürgerschaft beschließt Haushalt

Die Hamburgische Bürgerschaft hat gestern den vom Senat vorgelegten Entwurf für den Haushalt der kommenden zwei Jahre (Doppelhaushalt) mit den Stimmen der Koalition beschlossen. Vorausgegangen waren drei Tage, in denen sich die Fraktionen über den Haushalt im Parlament gestritten haben. Entsprechend unterschiedlich fielen die Reaktionen aus: „Ich bin sehr zufrieden mit dem neuen Haushaltsplan“, sagte Peter Kern, Fraktionsvorsitzender der größeren der beiden Koalitionsfraktionen nach der Abstimmung. „Die Stadt hat einen fähigen Senat, der uns einen guten Entwurf vorgelegt hat. Diejenigen Politiker, die sich zuvor kritisch geäußert haben, werden bei der nächsten Wahl sehen, was sie davon haben. Mit der Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens werden sie bei der Wahl sicher deutlich weniger Stimmen erhalten.“

Anna Eckern, die in der Opposition ist, war naturgemäß anderer Ansicht: „Die Koalition macht vor allem Politik für eine bestimmte Gruppe in der Gesellschaft, dies haben wir in Hamburg doch eigentlich hinter uns gelassen. Sie sollte sich darauf besinnen, wieder Politik für alle Hamburgerinnen und Hamburger zu machen. Die Koalition hat den Haushaltsentwurf des Senats zudem fast ohne Änderungen durchgewinkt. Eine gute Kontrolle der Regierung sieht anders aus“, sagte sie. „Da im Haushalt auch bestimmte Stadtteile bevorzugt werden, bin ich sicher, dass die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen bei der nächsten Wahl nicht nur auf der Landesliste, sondern auch auf den Wahlkreislisten viele Stimmen verlieren werden.“

Notizen

Aufgaben

1. Unterstreiche in M 1 die Aussagen der Politiker, die Zufriedenheit mit dem Beschluss der Hamburgischen Bürgerschaft zur Haushaltspolitik ausdrücken, in Grün und Aussagen, die ihre Unzufriedenheit ausdrücken, in Rot.
2. Notiere Fragen, die sich Dir beim Lesen des Zeitungsausschnittes gestellt haben. Diese können sich auf Begriffe, die Du nicht verstehst, einzelne Aussagen der Abgeordneten oder einzelne Passagen, die Dir unklar sind, beziehen, aber auch allgemeiner Art sein.
3. Sammelt Eure Fragen anschließend an der Tafel und versucht sie gemeinsam zu beantworten. Viele Aspekte werden in den Texten und Aufgaben dieses Kapitels thematisiert

M 2 Inschrift über dem Rathausportal

Die Freiheit, die die Vorfahren errungen haben, möge die Nachwelt würdig bewahren.

M 3 Die Hamburgische Bürgerschaft – seit jeher Parlament für alle Hamburger?

Die Freie und Hansestadt Hamburg ist nicht nur eine Stadt, sondern auch ein Bundesland. Deshalb hat Hamburg ein eigenes Landesparlament. Während dieses in den meisten Bundesländern Landtag heißt, wird es in Hamburg Bürgerschaft genannt. Seit dem 15. Jahrhundert wurde immer wieder diskutiert, welche Hamburger bei politischen Entscheidungen in der Stadt mitreden und schließlich entscheiden dürfen. Lange Zeit waren es nur Männer, die über Grundeigentum, d. h. ein Haus oder ein Stück Land, verfügten und eine bestimmte Summe Geld besaßen. Sie bildeten eine Versammlung – die Bürgerschaft –, die politische Verantwortung trug und mit dem Rat der Stadt z. B. diskutierte, welche Steuern erhoben werden sollten.

Im Jahre 1859 gab es entscheidende Veränderungen: Ab jetzt wurde die Bürgerschaft gewählt – allerdings nur von einem Teil der Bevölkerung. Frauen durften z. B. immer noch nicht wählen. Erst nach Unruhen infolge des Ersten Weltkrieges während des Jahreswechsels 1918/19 wurde das Wahlrecht auf alle Hamburgerinnen und Hamburger ausgeweitet.
Es fanden nun allgemeine, gleiche, freie, unmittelbare und geheime Bürgerschaftswahlen statt. Es stand ab diesem Zeitpunkt auch allen Hamburgern frei, sich in die Bürgerschaft wählen zu lassen und als Abgeordnete im Hamburger Rathaus über die Zukunft der Stadt mitzuentscheiden.
Im 1897 fertiggestellten Rathaus hat neben der Bürgerschaft auch der Senat, die Hamburger Regierung, seinen Sitz.

Aufgaben zu M 2, M 3

4. Erläutere, wer oder was die Hamburgische Bürgerschaft ist, und nach welchen demokratischen Grundsätzen ihre Mitglieder laut Hamburger Verfassung gewählt werden.
5. Erstellt eine Mindmap zu der Inschrift (M2) über dem Portal des Hamburger Rathauses. Welche Freiheiten könnten gemeint sein? Was könnte Freiheit mit Politik zu tun haben? Überlege dabei, was Du unter Freiheit verstehst und welche Freiheiten Dir wichtig sind.
6. Halte die Entwicklung der Hamburgischen Bürgerschaft mittels eines kleinen Zeitstrahls fest (M3).
7. Du hast Besuch von Verwandten und machst mit ihnen einen Spaziergang durch die Stadt. Vor dem Rathaus hältst Du einen kurzen Vortrag, in dem Du auch auf die Inschrift (M2) eingehst. Du erklärst ihnen, dass sich das Wahlrecht in Hamburg über Jahrhunderte verändert hat und dass die Inschrift auf die Entwicklung politischer Freiheiten und Rechte hinweist. Erarbeite diesen Vortrag, indem Du in eigenen Worten auf die Inhalte von M3 eingehst und M2 beachtest.
8. Beurteile die Forderungen der Inschrift. Findest Du einen Erhalt der Freiheit bzw. Rechte wichtig? Begründe Deine Ansicht.
9. Erkläre, was die Abgeordnete in M 1 mit dem Satz „[…] Politik für eine bestimmte Gruppe in der Gesellschaft, dies haben wir in Hamburg […] hinter uns gelassen“ aussagen möchte.

In der Antike bezeichnete der Begriff „Bürger“ Menschen (in der Regel Männer), die in einer Stadt bzw. einem Gemeinwesen das Recht hatten, an politischen Entscheidungen teilzunehmen.
Im Mittelalter wurde unter einem „Bürger“ ein Bewohner einer Stadt verstanden, der Mitbestimmungsrechte hatte, oftmals dadurch, dass er Immobilien besaß.
Im späten 18. Jahrhundert wurde der Begriff „Bürger“ im Zusammenhang mit den Revolutionen in den USA und Frankreich neu geprägt. Nun bezog er sich nicht mehr nur auf eine Stadt, sondern auf einen Staat.
Die Diskussion darüber, wer Staatsbürger sein soll, hält seitdem an, denn „Staatsbürger“ haben Rechte, die nicht alle „Bewohner“ eines Staates haben – u. a. das aktive und passive Wahlrecht.

Inschrift auf einer Wandmalerei im Hamburger Rathaus: Tritt ein in Bürgergilden und leiste Bürgereid

Info!

Artikel 6, Absatz 2 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg legt die Grundsätze fest, nach denen die Bürgerschaft gewählt wird. Während unter **„allgemein“** zu verstehen ist, dass kein Wähler aus religiösen, sozialen oder wirtschaftlichen Gründen von einer Wahl ausgeschlossen werden darf, schreibt das Adjektiv **„unmittelbar“** vor, dass die Stimmen direkt zählen, d. h. ohne eine Zwischeninstanz (wie etwa Wahlmänner in den USA). Die Vorschrift, dass die Wahlen **„frei“** stattfinden sollen, bedeutet, dass kein Wähler von jemand anderem in Richtung einer bestimmten Wahlentscheidung beeinflusst werden darf. Die Wahlen müssen außerdem **„geheim“** stattfinden, sodass niemand erkennen kann, wer wie gewählt hat. **„Gleich“** ist die Wahl, indem keine Stimme mehr zählt als eine andere.

M 4 Repräsentation als demokratisches Prinzip für die Bürgerschaft

In einer Demokratie (griechisch für Volksherrschaft) gehen Gesetze, d. h. die Regeln des Zusammenlebens, stets von den Bewohnern der Stadt oder des Landes aus. Dies gilt auch für Hamburg. Die Bevölkerung wählt – allgemein, gleich, frei, unmittelbar und geheim – Abgeordnete. Diese vertreten, anders ausgedrückt „repräsentieren“, die Interessen der Bevölkerung im Parlament. Bürgerschaftsabgeordnete treffen verbindliche Entscheidungen, die für die gesamte Bevölkerung der Stadt gelten. Die Abgeordneten müssen sich deshalb mit den unterschiedlichen Interessen der Bürger auseinandersetzen. Sie sind für alle da, nicht nur für ihre Wählerinnen und Wähler. Sind diese mit ihrer Arbeit unzufrieden, dann kann es sein, dass die Abgeordneten nicht wiedergewählt werden.
Es gibt Vor- und Nachteile dieses Prinzips:

- ✘ Ein Vorteil ist es, dass Entscheidungen schneller getroffen werden können, wenn nicht alle Bürgerinnen und Bürger, sondern nur eine bestimmte Anzahl von Repräsentanten beraten und abstimmen. Abgeordnete können sich auch intensiver mit politischen Problemen beschäftigen und so nach Lösungen suchen – sie werden Experten. Hamburger Abgeordnete haben darüber hinaus die Möglichkeit, jenseits der Parlamentsarbeit weiter einem Beruf nachzugehen. Die Organisation der Bürgerschaft als Teilzeitparlament sorgt so für intensiveren Kontakt zum Alltag der Bürgerinnen als anderswo.
- ✘ Es gibt aber auch Nachteile bzw. Gefahren dieses Modells: Abgeordnete können von Interessengruppen beeinflusst werden und so Entscheidungen treffen, die nur wenigen nützen – weil bestimmte Gruppen in der Öffentlichkeit lauter oder massiver auftreten oder weil in den Medien umfangreich und positiv über sie berichtet wird. Oftmals wird auch kritisiert, dass die Bürgerinnen und Bürger nach der Wahl keinen Einfluss auf einzelne wichtige Entscheidungen haben.

In Hamburg wurde das Prinzip der Repräsentation um das Prinzip der direkten Demokratie bzw. der Volksabstimmungen ergänzt. Wenn sich also viele Bürger engagieren, Unterschriften sammeln etc. – dafür gibt es genaue Regeln –, müssen die Abgeordneten Themen erneut besprechen oder sich sogar an konkrete Entscheidungen des Volkes halten.

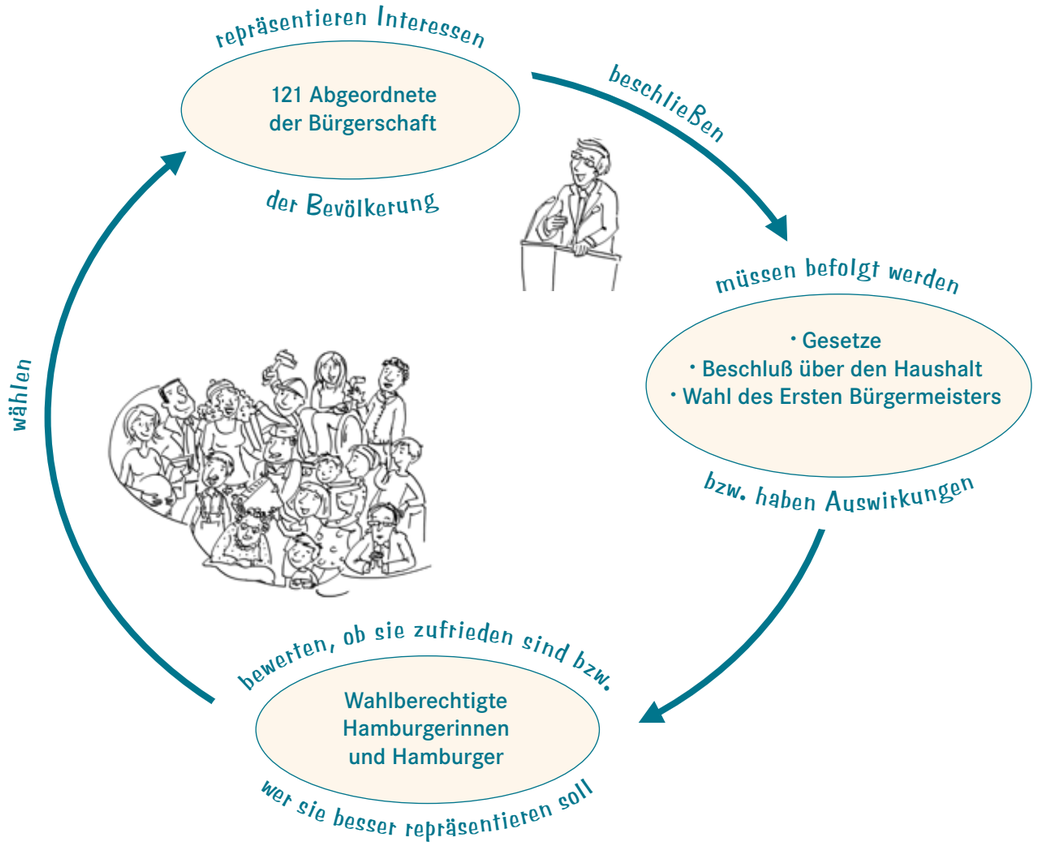
Aufgaben

10. **Stellt Euch vor, Ihr möchtet in Eurer Schule den Pausenbereich neu gestalten und könnt Farbe, Bildmotive, Möbel usw. hierfür selbst auswählen. Würdet Ihr Euch dafür entscheiden, dass a) alle Schüler gemeinsam abstimmen oder b) Ihr alle eine Gruppe von Schülern wählt, die sich als Experten über mögliche Varianten, Künstler, Preise usw. informieren und dann für euch entscheiden?**
Begründet Eure Entscheidung.

11. **Arbeite aus dem Text M4 heraus, was unter Repräsentation zu verstehen ist. Gehe dabei auch auf die Vor- und Nachteile (M4) ein und verwende das Schaubild M5.**

12. **Diskutiert in der Klasse, wie Ihr das Prinzip der Repräsentation bewertet. Nutzt hierfür auch die Vor- und Nachteile (M4).**

M 5 Schaubild: Kreislauf der Repräsentation



Aufgabe

13. Betrachtet das Schaubild M5 und beschreibt mit eigenen Worten, in welchem Verhältnis sich Bürger und Repräsentanten befinden.

M 6 Was bedeuten die Begriffe Fraktion, Koalition, Senat und Opposition?

Die Abgeordneten, die in die Bürgerschaft gewählt werden, schließen sich zu **Fraktionen** zusammen, um so ihre politischen Interessen und Ziele im Parlament gemeinsam zu verfolgen. Die Fraktionsmitglieder gehören normalerweise der selben Partei an. Obwohl alle Abgeordneten grundsätzlich frei entscheiden dürfen, stimmen die Abgeordneten einer Fraktion in der Regel gemeinsam für oder gegen eine Entscheidung. Dies wird auch Fraktionsdisziplin genannt. Sie dient einer klaren und verlässlichen Positionierung.

Info!

Entscheidungen werden in der Bürgerschaft von der Mehrheit der Abgeordneten beschlossen. Da die gewählten Abgeordneten einer Fraktion meistens nicht 50 Prozent aller Sitze im Parlament erreichen, schließen sich zwei oder mehrere Fraktionen zu einer **Koalition** zusammen. Mit ihrer Mehrheit können sie dann gemeinsam Gesetze verabschieden und den Kurs der Regierung unterstützen.

Damit das, was die Bürgerschaft beschließt, umgesetzt wird, braucht die Stadt eine Verwaltung. Diese besteht aus Behörden, die sich mit mehreren tausend Mitarbeitern z. B. um Sauberkeit und Sicherheit der Stadt sowie die Schulen kümmert. Geführt werden die Behörden von der Landesregierung, die in Hamburg **Senat** heisst. Ihr Chef ist der Erste Bürgermeister. Er wird von der Bürgerschaft gewählt und beruft die Senatoren für jede Behörde.

Die Fraktionen, die nicht den Kurs der Regierung unterstützen, bilden die **Opposition**. Die Opposition bietet Alternativen für politische Entscheidungen gegenüber den Lösungsansätzen der Fraktionen, die die Regierung tragen, an. Bei der nächsten Bürgerschaftswahl kann es dann passieren, dass mehr Wählerinnen und Wähler für Abgeordnete der Oppositionsparteien stimmen und diese dann die Mehrheit haben bzw. eine Koalition bilden können.

Aufgaben

14. Erstelle einen Kurzvortrag, in dem Du die Begriffe Fraktion, Opposition und Koalition erklärst (M6). Verwende hierfür auch das Schaubild M5.
15. Erkläre, warum die Abgeordnete in M1 der Ansicht ist, „dass die Koalition bei der nächsten Wahl viele Stimmen verlieren wird“. Gehe dabei auch auf das Prinzip der Repräsentation und das Kreislaufschaubild M5 ein.

M 7 Wie kommen die Repräsentanten in die Bürgerschaft?

Leon: Sag mal, Caro, ich bin am Wochenende mit meiner Familie bei einer Führung im Rathaus gewesen. Dort wurde uns erzählt, dass in der Bürgerschaft Abgeordnete politische Entscheidungen treffen. Da das eine sehr wichtige Aufgabe ist, habe ich mich gefragt, wer eigentlich darüber entscheidet, wer Abgeordneter sein darf.

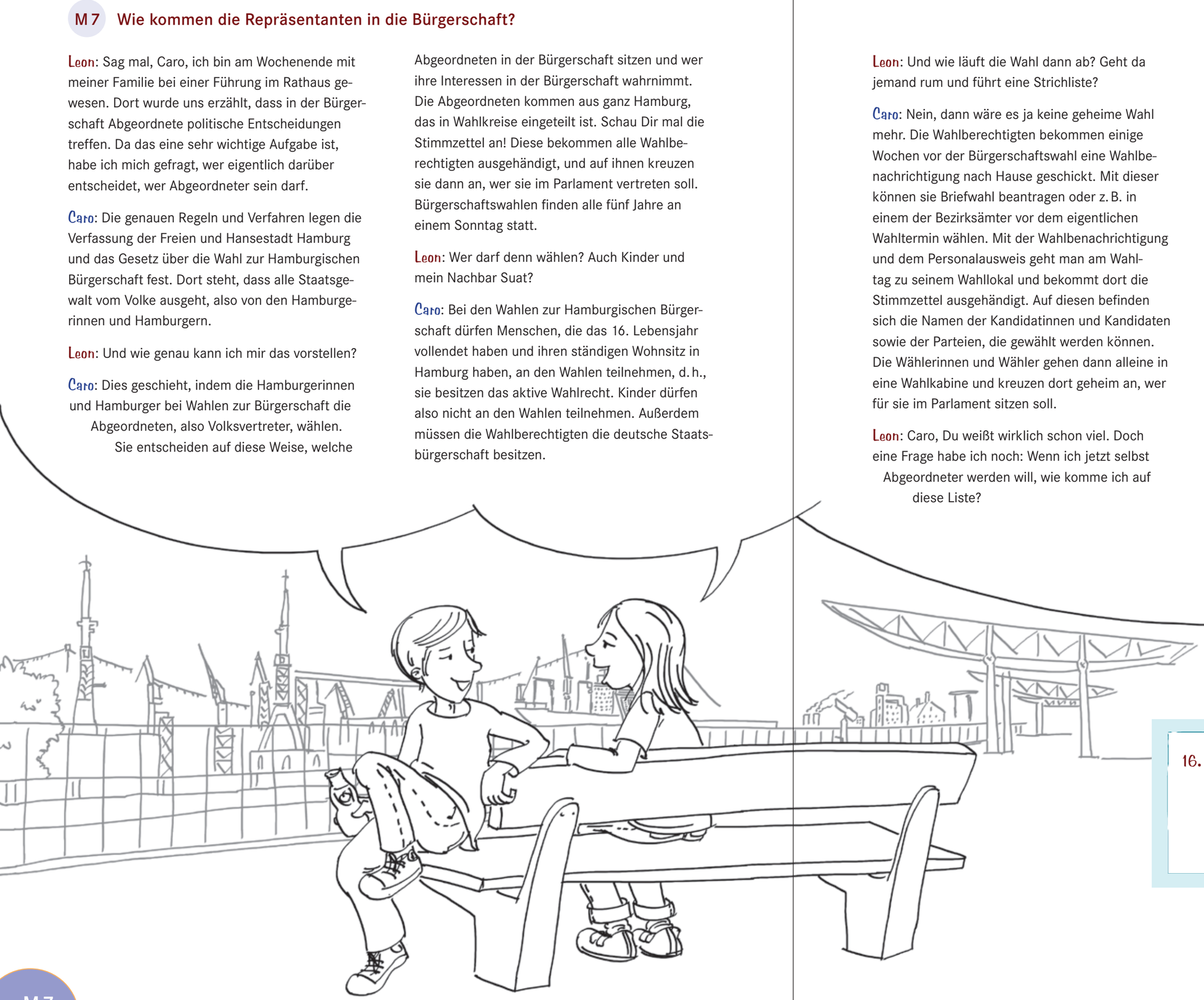
Caro: Die genauen Regeln und Verfahren legen die Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg und das Gesetz über die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft fest. Dort steht, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht, also von den Hamburgerinnen und Hamburgern.

Leon: Und wie genau kann ich mir das vorstellen?

Caro: Dies geschieht, indem die Hamburgerinnen und Hamburger bei Wahlen zur Bürgerschaft die Abgeordneten, also Volksvertreter, wählen. Sie entscheiden auf diese Weise, welche Abgeordneten in der Bürgerschaft sitzen und wer ihre Interessen in der Bürgerschaft wahrnimmt. Die Abgeordneten kommen aus ganz Hamburg, das in Wahlkreise eingeteilt ist. Schau Dir mal die Stimmzettel an! Diese bekommen alle Wahlberechtigten ausgehändigt, und auf ihnen kreuzen sie dann an, wer sie im Parlament vertreten soll. Bürgerschaftswahlen finden alle fünf Jahre an einem Sonntag statt.

Leon: Wer darf denn wählen? Auch Kinder und mein Nachbar Suat?

Caro: Bei den Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft dürfen Menschen, die das 16. Lebensjahr vollendet haben und ihren ständigen Wohnsitz in Hamburg haben, an den Wahlen teilnehmen, d. h., sie besitzen das aktive Wahlrecht. Kinder dürfen also nicht an den Wahlen teilnehmen. Außerdem müssen die Wahlberechtigten die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen.



Leon: Und wie läuft die Wahl dann ab? Geht da jemand rum und führt eine Strichliste?

Caro: Nein, dann wäre es ja keine geheime Wahl mehr. Die Wahlberechtigten bekommen einige Wochen vor der Bürgerschaftswahl eine Wahlbenachrichtigung nach Hause geschickt. Mit dieser können sie Briefwahl beantragen oder z. B. in einem der Bezirksämter vor dem eigentlichen Wahltermin wählen. Mit der Wahlbenachrichtigung und dem Personalausweis geht man am Wahltag zu seinem Wahllokal und bekommt dort die Stimmzettel ausgehändigt. Auf diesen befinden sich die Namen der Kandidatinnen und Kandidaten sowie der Parteien, die gewählt werden können. Die Wählerinnen und Wähler gehen dann alleine in eine Wahlkabine und kreuzen dort geheim an, wer für sie im Parlament sitzen soll.

Leon: Caro, Du weißt wirklich schon viel. Doch eine Frage habe ich noch: Wenn ich jetzt selbst Abgeordneter werden will, wie komme ich auf diese Liste?

Caro: Grundsätzlich kann sich jeder, der seinen ständigen Wohnsitz in Hamburg hat, die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt und das 18. Lebensjahr vollendet hat, als Kandidat zur Wahl aufstellen lassen, d. h., diese Personen besitzen das passive Wahlrecht, sie dürfen gewählt werden. Die Parteien stellen ihre Kandidatinnen und Kandidaten auf. Es können auch parteilose Wählergemeinschaften sowie Einzelbewerber bei der Bürgerschaftswahl antreten.

Aufgabe

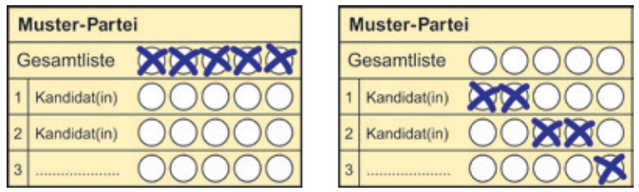
16. Arbeite anhand des Gespräches zwischen Leon und Caro (M7) das Verfahren heraus, wie die Repräsentanten in die Bürgerschaft kommen.

M 8 Zehn Stimmen – Landesliste und Wahlkreisliste

Als Mai-Lin das erste Mal wählen durfte, war sie überrascht, als sie erfuhr, dass sie insgesamt zehn Stimmen auf zwei Listen verteilen durfte. Da sie nichts falsch machen wollte, schrieb sie an eine der derzeitigen Abgeordneten ihres Wahlkreises, Marie Vehse, eine E-Mail und fragte sie, ob sie ihr erklären könne, wie genau man in Hamburg wählt. Als Antwort bekam sie folgende E-Mail:

An: mai-lin@musterprovider.de
Kopie:
Betreff: Re: Wie wählt man in Hamburg?
Von: marie.vehse@musterfraktion.de

Liebe Mai-Lin,
vielen Dank für Deine E-Mail. Ich finde es toll, dass Du zur Wahl gehen möchtest und Dich vorher genau informierst. Zehn Stimmen hören sich erst mal kompliziert an, aber so schwer ist das gar nicht.
Du bekommst im Wahllokal zwei Stimmzettel: einen für die Wahlkreisliste und einen für die Landesliste. Auf beiden kannst Du jeweils fünf Stimmen abgeben bzw. Kreuze machen. Wichtig ist, dass Du auf keinem Stimmzettel mehr als fünf Kreuze machst, sonst sind Deine Stimmen ungültig. Du kannst alle fünf Stimmen verteilen, wie Du möchtest. Es ist ganz alleine Deine Entscheidung.
Wenn Du Deine fünf Stimmen nur einer Partei oder nur einem Kandidaten gibst, nennen wir das kumulieren. Teilst Du die Stimmen auf, wird das als Panaschieren bezeichnet.



Der gelbe Stimmzettel ist für die Landeslisten – er ist in ganz Hamburg für alle gleich. Auf diesem Stimmzettel kannst Du Deine Stimmen entweder der Gesamtliste einer Partei oder einzelnen Kandidaten geben. Kreuzt Du die Gesamtliste an, so bist Du mit der Kandidatenreihenfolge einverstanden, für die sich die Partei entschieden hat und die Du auf dem Stimmzettel siehst.
Auf den roten Wahlkreislisten wählst Du Kandidatinnen und Kandidaten aus Deinem Wahlkreis. Deshalb stehen in jedem der Hamburger Wahlkreise unterschiedliche Personen auf den Stimmzetteln. Auf diesem Stimmzettel kannst Du Deine fünf Stimmen nur an Kandidatinnen und Kandidaten geben. Eine Gesamtliste kann nicht angekreuzt werden.
So, Mai-Lin, wie gesagt, nicht ganz einfach, aber es geht ja auch um etwas: um diejenigen, die uns alle als Abgeordnete in der Bürgerschaft vertreten! Wenn Du weitere Fragen rund um die Bürgerschaft hast, kannst Du Dich gern immer bei mir melden.

Deine Marie Vehse

Aufgaben

17. **Lies noch einmal M8. Versetze Dich in die Lage von Mai-Lin. Wie hättest Du die E-Mail an Frau Vehse geschrieben? Verfasse die E-Mail mit konkreten Fragen an die Abgeordnete.**
18. **Frau Vehse hat es genau erklärt. Doch könnt Ihr jetzt auch wählen? Stellt in Eurer Klasse eine Wahl nach, in der Ihr auch zehn Kreuze machen dürft. Nutzt hierfür den abgedruckten Wahlzettel als Vorlage.**

M 9 Meine Wahlentscheidung – mit einer oder mit mehreren Stimmen?

In Hamburg dürfen die Wahlberechtigten bei der Bürgerschaftswahl ihre Stimmen kumulieren und panaschieren.
Andernorts gibt es Wahlen, bei der die Wählerinnen und Wähler nur eine Stimme haben, sodass die Parteien in einem Auswahlverfahren vor der Wahl entscheiden, in welcher Reihenfolge die Kandidaten in das Parlament einziehen.
Gegner des Systems des Anhäufelns und Verteilens argumentieren, dass eine Wahl, bei der man nur ein Kreuz macht, einfacher sei. Sie sagen zudem, Parteien könnten bei diesem System keine bestimmten Expertinnen und Experten auf aussichtsreiche Listenplätze setzen.
Befürworter hingegen sagen, dass die Wählerinnen und Wähler beim Kumulieren und Panaschieren zwar stärker gefordert seien, sich jedoch mit den zu wählenden Personen und deren Positionen intensiver auseinandersetzen und die Zusammensetzung des Parlaments aktiver mitgestalten könnten, statt nur die von Parteien festgelegten Listen zu wählen. Durch die intensivere Auseinandersetzung entstehe ein besseres Verständnis von Politik, und es sei keinesfalls sicher, dass die Parteien die besten Kandidatinnen und Kandidaten auf die aussichtsreichsten Listenplätze setzten. Beim Kumulieren und Panaschieren können auch Abgeordnete auf hinteren Listenplätzen gewählt werden.

Aufgaben

19. **Erstelle nun selbst ein Gespräch wie in M7. Stelle Dir dabei vor, dass Deine Tante nach Hamburg gezogen ist und nun das erste Mal in Hamburg wählen kann. Um genauer zu verstehen, wie man wählt, stellt sie Dir Fragen darüber, was man unter den Begriffen Wahlkreisliste und Parteiliste sowie Kumulieren und Panaschieren versteht. Schreibe sowohl mögliche Fragen als auch Antworten auf der Basis von M8 und M9 auf.**
20. **Erstellt in Gruppen ein Plakat dazu, wie die letzte Bürgerschaftswahl ausgegangen ist, welche Veränderungen es zur Wahl davor gab und wer für Euren Wahlkreis aktuell in der Bürgerschaft sitzt.
Nutzt hierfür die Internetseite der Bürgerschaft: www.hamburgische-buergerschaft.de.**
21. **Kreuze anhäufeln, verteilen oder nur ein Kreuz für eine Partei? Beurteilt selbst. Nutzt hierfür die Argumente der Befürworter und Gegner und ergänzt eigene Argumente (M7 bis M9).**
22. **Erkläre mithilfe von M7 bis M9 folgende Aussagen aus M1: „Da im Haushalt auch bestimmte Stadtteile bevorzugt werden, bin ich mir sicher, dass die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen bei der nächsten Wahl nicht nur auf der Landesliste, sondern auch auf den Wahlkreislisten viele Stimmen verlieren werden.“**

M 10 Welche Aufgaben hat die Hamburgische Bürgerschaft?

Hamburg ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland, als Stadt jedoch zugleich auch eine Gemeinde. Deshalb ist die **Hamburgische Bürgerschaft** nicht nur das Landesparlament, sie nimmt auch die für eine Kommunalvertretung typischen Aufgaben wahr. Sie verabschiedet nicht nur Landesgesetze – z. B. zum Themenbereich der Polizei – und beschließt den Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg, sondern beschäftigt sich auch mit lokalen Themen wie Förderung von Kindertagesstätten oder der Ausstattung von Schulen.

Info!

Die Bürgerschaft ist nicht für alle Themen in der Stadt zuständig: Alle fünf Jahre werden von den Hamburgerinnen und Hamburgern Bezirksversammlungen gewählt. Während die Bürgerschaft ein echtes Parlament ist, also eine gewählte Volksvertretung, die Gesetze beschließen kann, sind Bezirksversammlungen direkt gewählte Versammlungen, die die Verwaltung der Stadt Hamburg in ihrem jeweiligen Bezirk durch Debatten und Beschlüsse mitgestalten. Bezirksversammlungen entscheiden über Themen wie die Ausstattung von Jugendzentren, Bebauungspläne, die Gestaltung von Sportplätzen, die Sanierung einzelner öffentlicher Gebäude im Bezirk oder die Einrichtung von Fußgängerüberwegen etc. Sie sind dabei aber an die Regeln und finanziellen Spielräume gebunden, die die Bürgerschaft festgelegt hat. Zudem kann der Senat als Regierung und damit Organisator der gesamten Verwaltung der Stadt Themen „an sich ziehen“, also den Bezirksversammlungen damit (weg)nehmen.

Info!

Die Gemeinden sind die untersten staatlichen Verwaltungseinheiten, die mit Selbstverwaltungsaufgaben betraut sind. Sie regeln Aspekte des Zusammenlebens, die die Bürger direkt betreffen, wie z. B. den Bau einer Straße, die Müllentsorgung, die Energieversorgung oder die Straßenreinigung. In diesen Bereichen können Gemeinden eigene Beschlüsse fassen. Gemeinden verfügen über eigene Gelder, die sie im Rahmen ihrer Haushaltspolitik selbstbestimmt einsetzen können. Die Flächenländer (z. B. Niedersachsen) sind in viele Gemeinden aufgeteilt. Hamburg ist als Stadt eine einzige Gemeinde.

Hamburg ist aber auch ein eigenes Bundesland. Die Bundesländer regeln die den Gemeinden übergeordneten Aspekte, wie z. B. die Schul- und Hochschulpolitik. Auch die Bundesländer verfügen über eigene Steuereinnahmen, über die sie im Rahmen der Haushaltspolitik verfügen. Die gesetzgebende Gewalt ist hier der Landtag – der in Hamburg Bürgerschaft heißt. Die Bundesrepublik Deutschland ist die höchste staatliche Verwaltungseinheit. Hier werden Angelegenheiten geregelt, die das gesamte Bundesgebiet betreffen. Hierzu gehören z. B. die Verteidigung des Staates, die Währung, die soziale Sicherung der Bürger, das Postwesen oder der Luftverkehr. Das Parlament auf Bundesebene ist der Bundestag.

Innerhalb von drei Wochen nach einer Bürgerschaftswahl kommen die neu gewählten Abgeordneten zum ersten Mal zusammen. Jeder Abgeordnete hat seinen festen Platz in der Bürgerschaft. Die Fraktionen sitzen in der Bürgerschaft zusammen. Bei der ersten Sitzung wird das Präsidium der Bürgerschaft gewählt. An dessen Spitze steht die Präsidentin bzw. der Präsident der Bürgerschaft als ein Mitglied der stärksten im Parlament vertretenen Fraktion.

Daneben stellt jede Partei in der Regel eine Vizepräsidentin oder einen Vizepräsidenten. Anschließend – meist in einer weiteren Sitzung – wählt die Bürgerschaft den Ersten Bürgermeister in geheimer Wahl mit der Mehrheit der gewählten Abgeordneten, d. h. mit mindestens 61 der 121 Stimmen. Sofern keine Fraktion über diese 61 Stimmen verfügt, muss sich vorher bereits eine Koalition gebildet haben. Der Bürgermeisterkandidat ist in der Regel Mitglied der Fraktion, die bei der Wahl die meisten Stimmen erreicht hat. Nach seiner Wahl und Vereidigung beruft dieser die weiteren Mitglieder des Senats, die von der Bürgerschaft bei einer Abstimmung mit der Mehrheit der anwesenden Abgeordneten als Gruppe bestätigt werden müssen. Solange der Erste Bürgermeister und die Senatorinnen und Senatoren im Amt sind, gehören sie nicht mehr der Bürgerschaft an – ihre Abgeordnetenmandate ruhen.

Notizen

Wenn die Bürgerschaftsabgeordneten bestimmte Ämter durch Wahlen besetzen, erfolgt die Stimmabgabe während der Plenarsitzungen nicht per Handzeichen sondern in Wahlkabinen. Die Stimmzettel werfen die Abgeordneten anschließend in eine Wahlurne.

Notizen

Zu den herausgehobenen Wahlen der Parlamentarier gehören auch die des Präsidiums der Hamburgischen Bürgerschaft, der Mitglieder des Rechnungshofes sowie die Wahl des Datenschutzbeauftragten. Neben dem Senat, der Hamburger Regierung, und dem Hamburgischen Verfassungsgericht ist die Bürgerschaft eines der drei Hamburger Verfassungsorgane, jedoch das einzige, dessen Mitglieder direkt vom Volk gewählt werden. Dieser hohe Grad an Legitimität, also Rechtmäßigkeit, zeigt sich darin, dass die Mitglieder der weiteren Verfassungsorgane von der Bürgerschaft **gewählt** (Erster Bürgermeister; Präsident und Mitglieder des Hamburgischen Verfassungsgerichts) bzw. im Fall der Senatorinnen und Senatoren bestätigt werden.

Eine weitere wesentliche Aufgabe der Bürgerschaft ist die **Gesetzgebung**. Von der Hamburgischen Bürgerschaft beschlossene Gesetze gelten für alle Hamburgerinnen und Hamburger.
Eine weitere wichtige Aufgabe der Bürgerschaft ist die Beschlussfassung über den Hamburger **Haushalt**, d. h. über die Verwendung von Geldern. Der Haushaltsentwurf wird der Bürgerschaft vom Senat vorgelegt. Die Bürgerschaft prüft den Entwurf und kann auch Änderungen vornehmen. Anschließend beschließt sie den Haushalt mit der Mehrheit der Stimmen. Nur die Bürgerschaft kann darüber bestimmen, wofür der Senat Geld ausgeben darf. Dieses Recht wird deshalb auch als „Königsrecht“ des Parlaments bezeichnet.

Die Bürgerschaft **kontrolliert** zudem **die Regierung**. Hierfür stehen ihr verschiedene Kontrollinstrumente zur Verfügung:

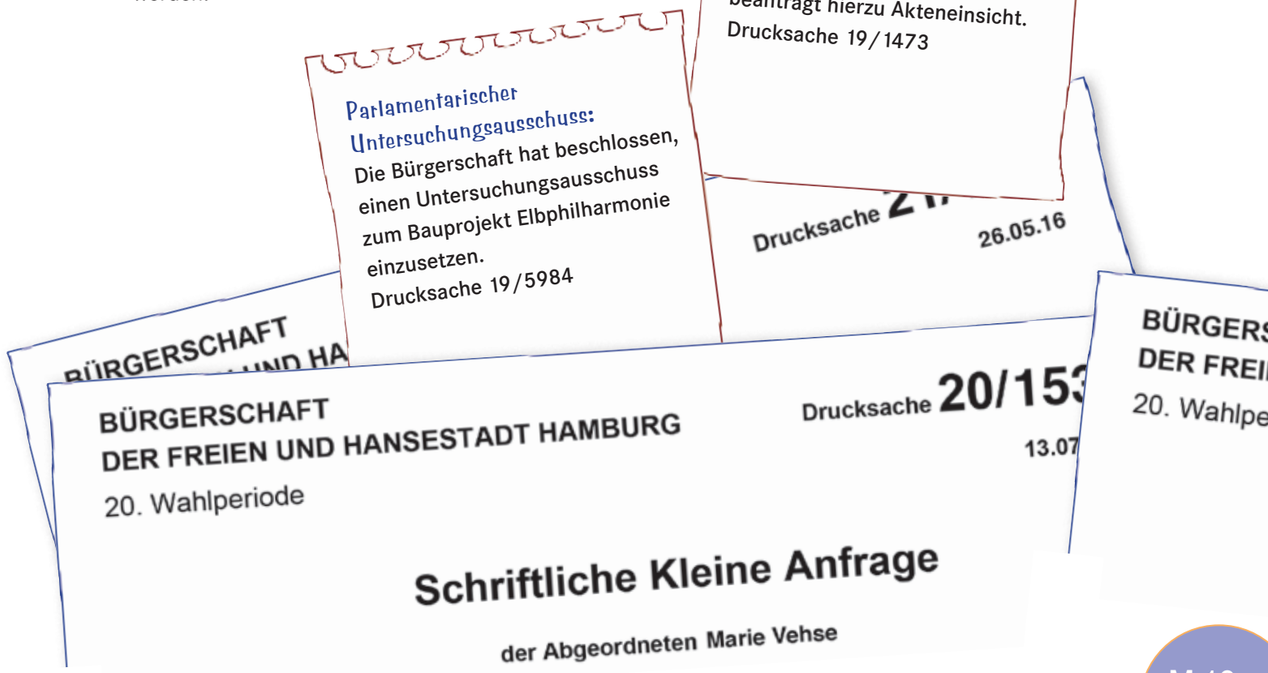
- Alle Abgeordneten können in öffentlichen Angelegenheiten eine **Schriftliche Kleine Anfrage** an den Senat stellen, die binnen acht Tagen schriftlich beantwortet werden muss. Sowohl die Frage als auch die Antwort werden veröffentlicht.
- Daneben gibt es auch schriftliche **Große Anfragen**, für die sich mindestens fünf Abgeordnete zusammentun müssen. Zur Beantwortung hat der Senat vier Wochen Zeit. Große Anfragen kommen regelmäßig auf die Tagesordnung einer Sitzung der Bürgerschaft, um eventuell darüber zu debattieren, und können zur weiteren Bearbeitung an einen Ausschuss überwiesen werden. Die Fragen und Antworten werden ebenfalls veröffentlicht.
- Sofern sich ein Fünftel der Abgeordneten zusammentut, können diese den Senat auffordern, ihnen **Akten** zu einem bestimmten Thema **vorzulegen**.
- Stellt ein Viertel der Abgeordneten den Antrag, zu einem Thema einen sogenannten **Parlamentarischen Untersuchungsausschuss** einzusetzen, muss die Bürgerschaft dies tun. Auf diese Weise können einzelne Probleme oder Missstände intensiv untersucht und somit öffentlich gemacht werden.

Schriftliche Kleine Anfrage:
Eine Abgeordnete fragt den Senat, wie die zukünftige Sammlung von Elektromüll in Hamburg geregelt werden soll.
Drucksache 20/7116

Große Anfrage:
Eine Gruppe von Abgeordneten befragt den Senat zu Hallenzeiten und Nutzungsmöglichkeiten für Sportvereine in Hamburgs Sportstätten.
Drucksache 20/8463

Akteneinsicht:
Eine Gruppe von Abgeordneten will klären, zu welchen Zusagen des Senats es im Vorfeld der Ansiedlung eines Möbelhauses in Hamburg gekommen ist, und beantragt hierzu Akteneinsicht.
Drucksache 19/1473

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss:
Die Bürgerschaft hat beschlossen, einen Untersuchungsausschuss zum Bauprojekt Elbphilharmonie einzusetzen.
Drucksache 19/5984



Aufgaben zu M 10

23. Arbeitet mithilfe von M 10 heraus, wie die Wahl des Bürgermeisters abläuft.

24. Ein Parlament hat viele Aufgaben. Lest in Vierergruppen gemeinsam den Text M 10 und notiert stichpunktartig, welche Aufgaben der Bürgerschaft in dem Text genannt wurden.

25. Jedes Gruppenmitglied schaut sich nun eines der Kontrollinstrumente aus M 10 genauer an. Stellt Euch anschließend gegenseitig die Kontrollinstrumente vor. Nutzt hierfür auch die Beispiele auf den Post-its.

26. Erstellt nun gemeinsam ein Informationsplakat zu den Aufgaben der Bürgerschaft.

27. Mit welchen Themen haben sich Parlamentarische Untersuchungsausschüsse der Bürgerschaft beschäftigt? Recherchiere fünf Beispiele unter www.hamburgische-buergerschaft.de.

28. Die Abgeordnete aus M 1 sagt: „Eine gute Kontrolle der Regierung sieht anders aus.“ Erkläre anhand von M 10, welche Möglichkeiten die Bürgerschaft zur Kontrolle der Regierung hat.

29. Recherchiert aus dem vergangenen Monat drei Große oder Kleine Anfragen. Nutzt hierfür die Parlamentsdatenbank der Bürgerschaft: www.hamburgische-buergerschaft.de.

30. Lest nochmals den Text M 1. Geht dann gemeinsam die Fragen durch, die Ihr zu Beginn des Kapitels aufgeschrieben habt. Prüft, ob Ihr durch die Bearbeitung der Aufgaben in diesem Kapitel nun alle Fragen beantworten könnt. Zur Klärung weiterer Fragen könnt Ihr die Internetseite der Hamburgischen Bürgerschaft nutzen: www.hamburgische-buergerschaft.de.

Notizen

Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft

M 11 Besondere Herausforderungen für Abgeordnete

Schnitzereien im Bürgersaal des Rathauses stellen Ironie, Neid, Missgunst und Schadenfreude dar. Diese Eigenschaften sollen bei den politischen Diskussionen außen vor bleiben.

Aufgaben

31. Beschreibe möglichst genau die Köpfe auf den Bänken im Bürgersaal (M 11).

32. Klärt anschließend gemeinsam die Begriffe, die unter den Bildern stehen. Nenne jeweils eine Beispielsituation aus Deinem Lebensumfeld für die Begriffe.

33. Überlegt gemeinsam in der Klasse, warum diese Köpfe symbolisch für beispielhafte Herausforderungen der Abgeordneten stehen könnten.

M 12 Aufgaben von Abgeordneten

Nach einer Bürgerschaftswahl werden alle Kandidatinnen und Kandidaten, die gewählt worden sind, vom Landeswahlamt informiert. Nehmen sie die Wahl an, sind sie für eine Legislaturperiode Abgeordnete – seit 2013 grundsätzlich fünf Jahre. Hinter den Namen der Abgeordneten steht fortan oft auch die Bezeichnung MdHB: „Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft".
Bis 1996 war die Bürgerschaft ein Feierabendparlament, die Abgeordneten waren neben ihrem eigentlichen Beruf ehrenamtlich in der Bürgerschaft tätig und bekamen dafür eine steuerfreie Aufwandsentschädigung. Seit 1996 ist die Bürgerschaft ein Teilzeitparlament. Viele Abgeordnete gehen weiterhin ihrem Beruf nach, viele aber eben nur noch in Teilzeit. Sie bekommen jetzt ein höheres, steuerpflichtiges Entgelt. Um Politik und Beruf weiterhin miteinander verbinden zu können, beginnen die Sitzungen üblicherweise erst nachmittags – um 13:30 Uhr die Plenarsitzungen und um 17 Uhr die Ausschusssitzungen.

Die Aufgaben der Bürgerschaftsabgeordneten sind vielfältig:

✗ Als Fraktionsvorsitzende die Fraktionssitzungen leiten und die Fraktion nach außen repräsentieren. Kontakt zu den anderen Fraktionen, zur Regierung und zu wichtigen Gruppen und Institutionen außerhalb des Parlaments halten. Die äußere Geschlossenheit der Fraktion sicherstellen. In der Fraktion Kompromisse aushandeln.

✗ Bei Fragen, die in der Bürgerschaft entschieden werden (z. B. Gesetze, Wahl des Bürgermeisters), abstimmen.

✗ Bei den Plenarsitzungen der Bürgerschaft anwesend sein – alle zwei Wochen mittwochs.

✗ In der Bürgerschaft Reden zu den Themen halten, die dort behandelt werden.

✗ In einem **Parlamentarischen Untersuchungsausschuss** mitarbeiten. Hier reicht die Themenpalette bisher von nationalsozialistischen Korruptionsfällen (1946) über Waffenhandel (1957) bis hin zum Bau der Elbphilharmonie (2010).

✗ Mitglied des **Präsidiums** der Bürgerschaft – dazu müssen sie von der Bürgerschaft gewählt werden.

✗ Mitglied der **Härtefallkommission**, die z. B. ausreisepflichtigen Ausländern ein Aufenthaltsrecht gewähren kann.

✗ Mitglied des **Eingabenausschusses**. Hier werden Bitten und Beschwerden von Bürgern bearbeitet, die sich durch staatliche Stellen der Stadt benachteiligt oder ungerecht behandelt fühlen oder die mit deren Arbeitsweise nicht einverstanden sind.

✗ Die **Parlamentarischen Geschäftsführer** stellen sicher, dass alle Abgeordneten der eigenen Fraktion bei wichtigen Abstimmungen anwesend sind. Zudem bereiten sie die Fraktionssitzungen mit vor. Sie regeln und koordinieren das „Tagesgeschäft" ihrer Fraktion.

✗ **Ausschussarbeit**: Oftmals entscheidet der persönliche Hintergrund bzw. das Expertenwissen zu einem bestimmten Politikbereich, in welchem Ausschuss die Abgeordneten Mitglied werden – die Auswahl erfolgt in einem internen Auswahlprozess der Fraktionen. In jedem Ausschuss ist mindestens ein Abgeordneter jeder Fraktion vertreten.

✗ **Fachsprecherin** einer Fraktion – zu bestimmten Themenbereichen (z. B. Verkehr, Gesundheit), in denen sie besonders viele und gute Kenntnisse haben, d. h. Experten sind, Ansprechpartnerin in der Fraktion und der Öffentlichkeit sein.

✗ Mitglied einer **Enquetekommission**: zusammen mit unabhängigen Experten und anderen Abgeordneten aller Fraktionen über Ursachen und mögliche Lösungsstrategien von komplexen Problemen beraten – z. B. zu Fragen der Jugendkriminalität (2000) oder zur Zukunft der Unterelbe (2002).

✗ **Ältestenrat**: Erfahrene Abgeordnete bereiten u. a. die Sitzungen der Bürgerschaft vor und diskutieren strittige Fragen.

Aufgaben

34. Erstellt ein Mindmap zum Thema „Abgeordnete". Was wisst Ihr bereits, welche Fragen möchtet Ihr noch klären?
35. Markiere im Text diejenigen Aufgaben in Rot, die für alle Abgeordneten gleich sind. Markiere die Aufgaben in Kommissionen und Ausschüssen in Grün. Markiere besondere Funktionen bzw. Ämter in Blau.
36. Stell Dir vor, Du wärst in die Bürgerschaft gewählt worden. Für welche der blau markierten Aufgaben würdest Du Dich interessieren (Mehrfachnennung möglich)? Erläutere die Aufgabe kurz und lege dar, weshalb Du sie für spannend hältst.
37. Erstellt eine Tabelle mit zwei Spalten. In die linke Spalte trägst Du ein Aufgabenfeld der Abgeordneten ein und in die rechte eine Erklärung dazu, was genau dies bedeutet (M 12).

M 13 Beispiele für verschiedene Abgeordnetentypen

Der Lehrer

Klaus Peters ist 39 Jahre alt und hat vier Kinder. Er ist seit zehn Jahren verheiratet. Neben seiner Tätigkeit als Abgeordneter ist er Lehrer. Er unterrichtet in Hamburg an einer Stadtteilschule und ist täglich mit den Anforderungen und Problemen von Schule und Bildung konfrontiert. Herr Peters kennt damit die Herausforderungen dieses besonderen Bereichs der Hamburger Politik sehr gut. In der Bürgerschaft ist er Mitglied im Schulausschuss. Darüber hinaus ist er Mitglied im Familien-, Kinder- und Jugendausschuss sowie parlamentarischer Geschäftsführer seiner Partei. Außerdem spielt er bei den Rathauskickern mit, einer Fußballmannschaft, die z. B. gegen andere Landesparlamente antritt.

Die Künstlerische

Karin Wolften ist 28 Jahre alt und ledig. Seit sie 16 Jahre alt ist, hat sie sich in ihrer Partei engagiert und bei einem Abgeordneten der Bürgerschaft im Büro mitgearbeitet. Sie hat zudem eine Schauspielausbildung absolviert. Neben ihrer Mitarbeit in vielen Parteigremien war sie anschließend an verschiedenen Hamburger Theatern als Schauspielerin tätig. Sie war bereits Mitglied einer Bezirksversammlung und ist seit der letzten Wahl Bürgerschaftsabgeordnete. In der Bürgerschaft ist sie Mitglied des Gesundheitsausschusses und des Kulturausschusses.

Notizen

Die Juristin

Dilana Can ist 45 Jahre alt und ledig. Neben ihrer Tätigkeit als Abgeordnete ist sie Anwältin. In dieser Funktion vertritt sie ihre Mandanten vor einem Gericht oder berät sie in juristischen Angelegenheiten. Sie setzt sich täglich mit Gesetzen auseinander und ist damit quasi eine Expertin in diesem Bereich. Im Parlament ist sie Mitglied im Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung. Hier kann sie ihre Fähigkeiten gut einsetzen. Sie ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Mitglied im Ältestenrat.

Der Handwerkliche

Finn Alberts ist 45 Jahre alt und hat zwei erwachsene Kinder. Er leitet ein seit Jahrzehnten in Hamburg ansässiges Familienunternehmen, das im Baubereich tätig ist und für Kunden z. B. Häuser baut. Herr Alberts ist täglich mit den Herausforderungen und Anforderungen im Baubereich beschäftigt. In der Bürgerschaft ist er Mitglied des Bauausschusses. Insgesamt hat er nur noch wenig Zeit, sich um seinen Betrieb zu kümmern.

Aufgabe

38. Lies die Beschreibungen der vier Abgeordneten. Notiere Gemeinsamkeiten und Unterschiede .

M 14 Tagesablauf einer Abgeordneten – ein Beispielbericht

Mittwoch, 6 Uhr, der Wecker klingelt. Als Erstes lese ich die Nachrichten, um zu sehen, was heute auf mich zukommen könnte. Eine Mutter beschwert sich in einer Hamburger Zeitung über die schlechte Ausstattung der Schule ihrer Tochter. Ich schreibe schnell eine E-Mail an mein Abgeordnetenbüro. Ich bitte meine Mitarbeiter, mir Informationen zum tatsächlichen Zustand in dieser Schule zu schicken, damit ich darauf antworten kann, wenn die Presse mich fragt.

Nachdem ich mit meinen Kindern gefrühstückt und sie in die Schule gefahren habe, fahre ich in meine Schule, denn ich bin Lehrerin. Ich bin mit 50 Prozent in Teilzeit in der Schule. Heute unterrichte ich nur zwei Stunden, d. h. von 8 Uhr bis 9:40 Uhr, doch anschließend findet um 10 Uhr eine Konferenz statt. In der Pause lese ich kurz die Antwort meiner Mitarbeiterin zur Situation in der Schule.

Gegen 11:30 Uhr kann ich die Schule verlassen und fahre direkt in die Bürgerschaft. In den Räumen meiner Fraktion telefoniere ich um 12 Uhr mit einem Journalisten, der mich fragt, wie ich zu den Äußerungen der Mutter zur Ausstattung in der Schule stehe. Das Interview dauert ca. 20 Minuten. Danach gehe ich noch mal meine Rede durch, die ich heute in der Bürgerschaft halten werde. Ich baue schnell noch eine Passage ein, in der ich auch zu dem heutigen Zeitungsartikel Stellung nehme.

Um 12:45 Uhr treffe ich mich mit einer Gruppe von Besuchern des Rathauses. Wir diskutieren über die aktuelle Schulpolitik, aber ich werde auch zu meinem Leben als Abgeordnete befragt. Ich stelle den Anwesenden noch kurz die aktuelle Tagesordnung der heutigen Bürgerschaftssitzung vor, da die Besucher auch die Sitzung besuchen, und dann gehe ich in den Sitzungssaal.

Um 13:30 Uhr beginnt die Bürgerschaftssitzung. Ich habe die Gelegenheit, während der Debatte zum Thema Energie mit einigen Abgeordneten meiner Partei über den Zeitungsartikel zu sprechen. Wenn Abgeordnete meiner Fraktion Reden halten, unterstütze ich sie durch Beifall. Wir wollen unsere Positionen auch öffentlich sicht- und hörbar unterstreichen. Um 17 Uhr halte ich meine Rede zur aktuellen Schulpolitik. Abgeordnete der anderen Fraktionen rufen viel dazwischen, da sie anderer Meinung sind. Dies ist normal bei uns im Parlament und regt mich auch immer dazu an, deren Argumente mit meinen eigenen direkt zu entkräften. Es folgen Debatten zu weiteren Themen und eine Senatsbefragung.

Gegen 21:30 Uhr fahre ich nach Hause. Meine Kinder sind längst im Bett. Ich lese noch einmal die Tagesordnung der morgigen öffentlichen Ausschusssitzung und die vier Drucksachen, um die es gehen wird, durch. Die Ausschusssitzung beginnt um 17 Uhr, ich werde also wieder erst spät zu Hause sein. Vor 21 Uhr können mein Mann und meine Kinder nicht mit mir rechnen.

Für heute ist jetzt Schluss. Als ich die Lampe an meinem Schreibtisch ausknipse, ist es 23:30 Uhr.

Aufgaben

39. **Du bist der Assistent der Abgeordneten, die in M 14 berichtet, und sollst ihr den tabellarischen Terminplan für den beschriebenen Tag schicken. Gestalte ihn. Beispiel:**

6 Uhr	Aufstehen
…	…

40. **Diskutiert gemeinsam, ob es wichtig ist, dass es verschiedene „Abgeordnetentypen“ gibt. Lest hierfür auch noch mal den Abschnitt zur Repräsentation (M 4).**

41. **Erstelle ein Interview mit einer Abgeordneten, die von ihrem Tagesablauf berichtet. Stelle hierfür Fragen, die Du anhand des Textes M 14 beantwortest.**

Aufgaben zu M13, M14

42. Wer sind die Abgeordneten aus Eurem Wahlkreis? Recherchiert unter Angabe Eurer Straße auf der Internetseite der Hamburgischen Bürgerschaft (www.hamburgische-buergerschaft.de > Abgeordnete > Abgeordnetensuche > Wahlkreissuche).
43. Diskutiert in Gruppen über Fragen, die Euch interessieren und die Ihr gern einem Abgeordneten stellen wollt.
44. Schreibt einem Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft eine E-Mail mit Euren Fragen. Die E-Mail-Adresse findet Ihr auf www.hamburgische-buergerschaft.de.
45. Stellt die Antworten der Abgeordneten in der Klasse vor.
46. Wärst Du selbst gern Abgeordneter? Notiere Vor- und Nachteile und diskutiert anschließend in Eurer Klasse darüber.

Info!

Um einmal für eine Woche selbst in die Rolle eines Abgeordneten zu schlüpfen, kannst Du Dich beim Politikplanspiel „Jugend im Parlament“ bewerben. Informationen hierzu findest Du auf der Internetseite der Bürgerschaft (www.hamburgische-buergerschaft.de).

Die Bürgerschaftspräsidentin – eine besondere Aufgabe

Der Stuhl der Bürgerschaftspräsidentin ist der größte im Plenarsaal. Auch der Stuhl des Bürgermeisters ist kleiner, da der Senat nur Gast in der Bürgerschaft ist.

M 15 Die Aufgaben der Bürgerschaftspräsidentin

Es ist Tradition, dass nach einer Wahl die stärkste Fraktion das Vorschlagsrecht für das Amt der Bürgerschaftspräsidentin bzw. des -präsidenten hat. Die Präsidentin wird von den Abgeordneten gewählt, ist aber nach erfolgter Wahl weiterhin Abgeordnete. Sie leitet die Bürgerschaftssitzungen, ruft die einzelnen Rednerinnen und Redner auf und achtet auf die Einhaltung der vorher festgelegten Redezeiten. Wenn die Präsidentin nicht anwesend ist, wird sie bei der Sitzungsleitung durch einen der Vizepräsidenten vertreten. Normalerweise stellt jede Fraktion einen Vizepräsidenten.
Eine Bürgerschaftssitzung muss gerecht und unparteiisch geleitet werden. Egal, welcher Fraktion die Präsidentin angehört, sie muss alle gleich fair und gerecht behandeln. Während einer Sitzung hat die Präsidentin darauf zu achten, dass die Ordnung im Plenarsaal eingehalten wird. Hierfür kann sie z. B. Besucher, die sich nicht angemessen verhalten, des Raumes verweisen oder Abgeordnete zur Ordnung rufen, d. h. sie ermahnen, sich anständig zu verhalten.

Eine weitere wichtige Aufgabe ist es, darauf zu achten, dass das Parlament und die Abgeordneten in ihren Rechten geschützt werden (z. B. gegenüber dem Senat).
Die Präsidentin übt das Hausrecht über die von der Bürgerschaft benutzten Räume im Rathaus aus.
Sie ist die Repräsentantin der Bürgerschaft. In dieser Funktion besucht sie Veranstaltungen und hält Reden im Namen der Bürgerschaft. Die etwa 80 Mitarbeiter der Bürgerschaftskanzlei, der Landtagsverwaltung, deren Chefin sie ist, unterstützen sie bei der Organisation des Parlamentsbetriebs.

Notizen

Aufgaben zu M 15

47. Besprecht zur Vorbereitung einer Diskussion, welche Aufgaben ein Diskussionsleiter haben sollte und worauf er achten sollte, damit eine Diskussion gut verlaufen kann. Sammelt die Ergebnisse an der Tafel.

48. Beschreibe den Stuhl der Bürgerschaftspräsidentin. Überlege, warum der Stuhl so ist, wie er ist.

49. Arbeite aus M 15 heraus, wie Eure Überlegungen der Aufgaben eines Diskussionsleiters mit der Arbeit der Bürgerschaftspräsidentin zusammenhängen.

50. Fasse zusammen, welche Aufgaben die Bürgerschaftspräsidentin hat.

51. Recherchiere im Internet auf www.hamburgische-buergerschaft.de das Plenarprotokoll 20/27 vom 29.2.2012. Was genau geschieht auf den Seiten 2089 bis 2090? Erkläre, welche Rolle die Bürgerschaftspräsidentin spielte.

52. Recherchiere im Internet auf www.hamburgische-buergerschaft.de das Plenarprotokoll 20/23 vom 15.12.2011. Was genau geschieht auf den Seiten 1727 bis 1728? Erkläre, welche Rolle die Bürgerschaftspräsidentin spielte.

53. Braucht man so etwas wie eine Bürgerschaftspräsidentin überhaupt? Beurteile diese Frage aus Deiner persönlichen Sicht. Berücksichtige dabei die Ergebnisse von Aufgabe 1. Schau Dir an, welche verschiedenen Hintergründe die Abgeordneten (Parteien, Beruf usw.) haben und welchen Einfluss dies auf die Abläufe haben könnte, wenn es keine Präsidentin gäbe.

Notizen

Der Gesetzgebungsprozess in der Hamburgischen Bürgerschaft

HAMBURG

M 16 Verletzte durch Schlägereien mit Glasflaschen

Hamburg 2008 – Rund vier Millionen Menschen besuchen jedes Jahr die Hamburger Reeperbahn und die umliegenden Straßen. Insbesondere an den Wochenenden sind sehr viele Menschen auf dem Kiez unterwegs. Dabei kommt es immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, bei denen auch Glasflaschen als Waffe verwendet werden. In der Bürgerschaft wurde heute kontrovers über ein Glasflaschenverbot diskutiert. …

Notizen

Aufgaben zu M 16

54. Lies zunächst den Text M 16.

55. Stimmt in Eurer Klasse spontan darüber ab, ob Ihr für ein Glasflaschenverbot seid. Notiert das Ergebnis.

56. Diskutiert, was bei einem Glasflaschenverbot zu berücksichtigen wäre und wer in Hamburg für und gegen ein solches Verbot sein könnte.

57. Rechercheauftrag: Finde unter www.hamburgische-buergerschaft.de (Schlagwort: Glasflaschenverbotsgesetz) heraus, welcher Ausschuss sich mit diesem Thema beschäftigt hat.

58. Mit welchen Themen beschäftigt sich der Ausschuss (aus Aufgabe 57) aktuell?

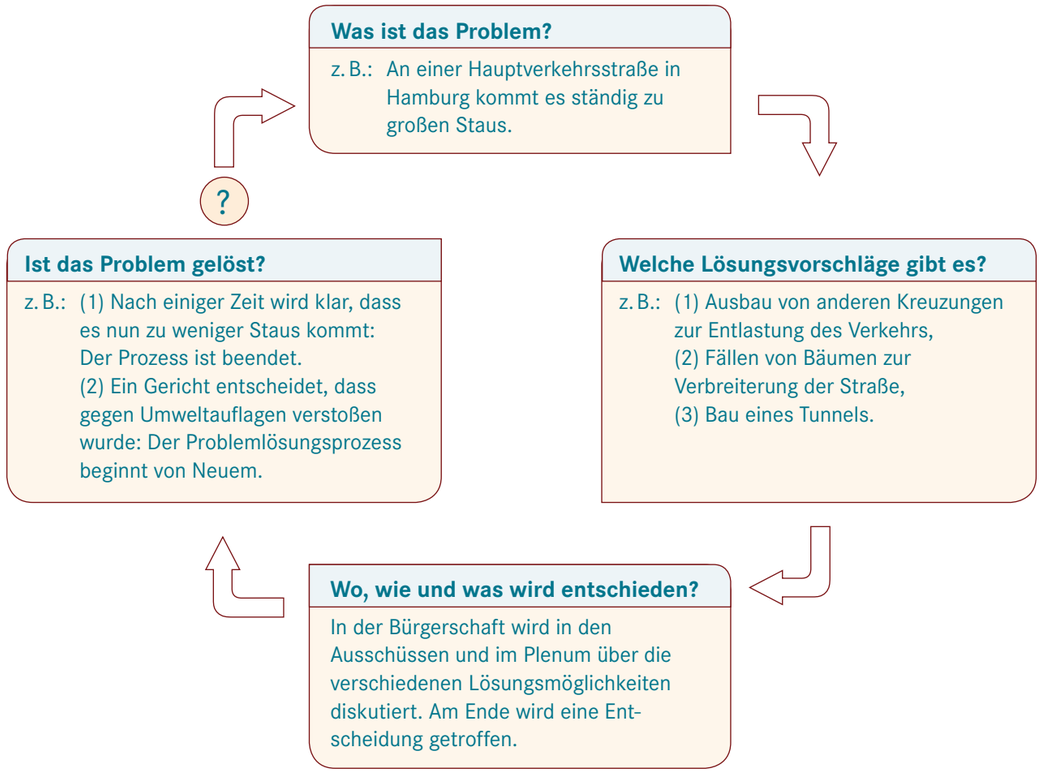
59. Suche eine Tagesordnung der letzten beiden Monate des Ausschusses aus Aufgabe 57/58.

60. Rechercheauftrag: Suche einen Ausschussbericht, bei dem über das Thema Glasflaschenverbot gesprochen wurde.

61. Rechercheauftrag: Suche ein Plenarprotokoll, bei dem über dieses Thema debattiert wurde.

M 17 Politische Abläufe in Hamburg verstehen

Bei der Frage, wie mit einem Problem in Hamburg, das die Bürgerschaft lösen soll, umzugehen ist bzw. wie die Abläufe bei der Bearbeitung so eines Problems sind, können uns Modelle helfen, um zu einem besseren Verständnis zu kommen:



Aufgaben zu M 17

62. Erstelle auf einer DIN-A4-Seite eine eigene Kreislaufskizze. Lass die vier Kästen frei.

63. Recherchiere auf der Internetseite der Hamburgischen Bürgerschaft und in den Datenbanken Hamburger Zeitungen zu Themen, die in der Bürgerschaft diskutiert wurden und bei denen es zu Entscheidungen des Landesparlaments kam. Trage anschließend das konkrete Problem in den obersten Kasten der Kreislaufskizze ein. Vervollständige das Modell des Kreislaufs mit passenden Stichworten, die bei dieser Thematik denkbar sind.

M 18 Die Gesetzgebung

Die Bürgerschaft beschließt Gesetze, d. h. allgemein verbindliche Regeln, die das Zusammenleben und das Verhalten der Menschen untereinander ordnen. Daneben kann sie auch Vorhaben beschließen, wie z. B. den Bau eines Konzerthauses.

Woher kommen Gesetze?

Die Idee

Am Anfang eines Gesetzgebungsprozesses steht ein Problem. Der Senat oder eine Gruppe von Abgeordneten kann dazu eine Fragestellung aufwerfen, einen Entwurf für ein neues Gesetz ausarbeiten und diesen in die Bürgerschaft einbringen. Auch das Volk kann ein Gesetz auf den Weg bringen, wenn genügend Menschen eine Idee unterstützen. Entweder die Abgeordneten greifen diese dann auf und entscheiden darüber im Sinne der Initiatoren. Oder aber das Volk muss abstimmen – dies geschieht, indem die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen werden, ihre Entscheidung an einem bestimmten Tag auf einem Abstimmungszettel zu treffen.

Der Weg

Gesetzesentwürfe sind komplexe Sachverhalte. Sie müssen eingehend beraten werden. Dies geschieht in den Fachausschüssen der Hamburgischen Bürgerschaft.

Die Bürgerschaft legt zu Beginn einer Legislaturperiode die Zahl der Ausschüsse und ihre Größe fest. In den Ausschüssen sind die Fraktionen entsprechend ihrer Stärke in der Bürgerschaft vertreten.

Notizen

Wie arbeiten die Ausschüsse?

In den Ausschüssen findet der wesentliche Teil der parlamentarischen Arbeit statt. Sie werden deshalb auch als „Motor/Werkstatt der Demokratie“ bezeichnet. Hier kommen die Experten der Fraktionen zusammen und beraten darüber, wie genau ein Gesetz formuliert sein soll. Die Ausschüsse beschäftigen sich also sehr detailliert mit den Gesetzentwürfen. Bei den Sitzungen der Ausschüsse sind auch die zuständigen Senats- und Behördenvertreter anwesend. Sie müssen den Abgeordneten dort Rede und Antwort stehen.

Ausschüsse tagen in der Regel öffentlich. Besucher können ohne Anmeldung daran teilnehmen.

Damit sich die Mitglieder im Ausschuss ein detailliertes Bild von den Anforderungen und Auswirkungen einer Regelung machen können, holt der Ausschuss Informationen ein:

- ✗ Es können öffentliche Anhörungen – bei denen sich jede und jeder äußern kann – angesetzt werden.
- ✗ Es finden Informationsgespräche der Ausschussmitglieder mit Betroffenen statt.
- ✗ Es werden Sachverständige und Interessenvertreter gehört. Die Abgeordneten müssen sich Gedanken machen, welche Experten sie einladen und welche Fragen sie diesen stellen wollen.

Die Ausschussvorsitzende erteilt und entzieht das Wort – ein Ausschuss ist kein offener Gesprächskreis, sondern verläuft nach dem Muster Frage/Antwort. Am Ende berichtet der Ausschuss der Bürgerschaft über seine Arbeit und kann dem Plenum auch eine geänderte Gesetzesvorlage zur Abstimmung vorlegen.

Notizen

Die Entscheidung

Liegt der Bürgerschaft ein Gesetzentwurf vor, wird darüber im Parlament zwei Mal (1. und 2. Lesung) abgestimmt. Dies soll vor übereilten Beschlüssen schützen und Gelegenheit zur ausführlichen Beratung und für Änderungen geben. Viele Gesetze werden vor den eben genannten Abstimmungen in der Bürgerschaft debattiert. Dabei werden die Argumente von den Fraktionen nochmals öffentlich vorgetragen.

Die Plenarsitzungen werden deshalb auch „Schaufenster der Politik“ genannt. Aber auch wenn die Medien meist über diese Sitzungen berichten, sind doch die Ausschusssitzungen der Ort, an dem die intensiven Vorbereitungen geleistet werden. Besondere Bedeutung haben bei den Plenarsitzungen natürlich die Abstimmungen, denn dort entscheiden die Volksvertreter.

Wenn die Bürgerschaft ein Gesetz beschließt, muss der Senat dieses innerhalb eines Monats im Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlichen.

Aufgaben zu M 18

64. Erstelle ein Schaubild, das die Hamburger Gesetzgebung darstellt. Benutze Pfeile, um die verschiedenen Stationen und Abläufe darzustellen. Verwendet blaue Farbe für alles, was in der Bürgerschaft passiert, und grüne Farbe für alles, was im Senat passiert. Schreibt neben die Pfeile, was jeweils genau passiert, z. B. „Gesetz wird eingebracht“ oder „Gesetz wird weitergeleitet“.
65. Welche Experten wurden in den Haushaltsausschuss eingeladen? Finde das Protokoll 20/49 auf der Internetseite der Hamburgischen Bürgerschaft (www.hamburgische-buergerschaft.de).
66. Überlege Dir ein Thema, welches in einem Ausschuss der Bürgerschaft beraten werden könnte, und stelle eine Liste von Experten zusammen, die Du einladen würdest.
67. Welche Fragen wollten die Mitglieder des Sozialausschusses den eingeladenen Experten stellen? Finde das Protokoll 19/28, 16.9.2010, S. 44–45 (= Anlage 1 des Protokolls).
68. Welche Fragen könntest Du den Experten, die Du in Aufgabe 67 genannt hast, stellen? Finde mindestens fünf Fragen.

Rollenspiel – Anleitung

„Sollen Glasflaschen auf dem Hamburger Kiez verboten werden?“

Um den Weg einer Entscheidung der Bürgerschaft nachzuvollziehen, schlüpfen die Schülerinnen und Schüler in verschiedene Rollen und spielen die Abläufe in der Bürgerschaft selbst nach – anhand eines konkreten Beispiels!

Vorbereitungsphase

Zeitansatz: 1 Schulstunde oder entsprechende Hausaufgabenzeit

Die Rollen werden eingeteilt — gebraucht werden:

- ✓ **Schüler 1:** Präsidentin
- ✓ **Schüler 2:** Vizepräsidentin
- ✓ **Schüler 3 bis 7:** Vertreter der Fraktion der „Sicherheitspartei“
- ✓ **Schüler 8 bis 9:** Vertreter der Fraktion „Freiheitspartei“
- ✓ **Schüler 10:** Vertreter der Fraktion „Freiheitspartei“ und zugleich Vorsitzender des Innenausschusses
- ✓ **Schüler 11 und 12:** Vertreter der Fraktion „Alternativpartei“
- ✓ **Schüler 13 und 14:** Kriminalexpertin
- ✓ **Schüler 15 und 16:** Vertreter der ansässigen Unternehmen
- ✓ **Schüler 17 und 18:** Partyveranstalterin
- ✓ **Schüler 19 und 20:** Innensenator als Repräsentant des Senats bzw. dessen Mitarbeiterin

Nach der Einteilung lesen die Schülerinnen und Schüler die Basismaterialien (M16 bis M18), bearbeiten die dazugehörigen Aufgaben und machen sich anschließend mit ihrer jeweiligen Rollenkarte vertraut.
Den Schülern sollte dabei klar sein: Während des Rollenspiels spielt jeder „seine Rolle“, die eigene Meinung hat Pause!

Die Schülerinnen und Schüler, die keine bestimmte Rolle einnehmen, lesen die Rollenkarte der Präsidentin, um Einblick in den Ablauf zu erhalten, und prüfen später in den Spielphasen, ob alles korrekt verläuft. Außerdem sollen Sie bei einer Abschlussbesprechung ihre Eindrücke des Gesehenen schildern.

Spielphasen

Zeitansatz insgesamt: eine Doppelstunde

Phase 1
Erste Bürgerschaftssitzung *(etwa zwei Minuten)*

Die Schüler sitzen als Fraktionen zusammen, die Präsidentin und die Vizepräsidentin vor allen – neben diesen beiden der Innensenator (als Gast). Die Präsidentin eröffnet die Sitzung, ruft den entsprechenden Tagesordnungspunkt auf, lässt die Fraktionsvertreter darüber abstimmen, verkündet das Ergebnis und schließt die Sitzung wieder.

Phase 2
Erste Fraktionssitzung *(und Zeit zur Recherche – etwa 30 Minuten)*

Die Schüler finden sich an Gruppentischen zu ihren Fraktionssitzungen ein, recherchieren Argumente und Gegenargumente – tauschen sich aus. Sie überlegen sich für jeden Experten, der ihnen später im Ausschuss begegnet (Kriminalexperte, Unternehmer, Partyveranstalter und Innensenator), eine Frage.

Phase 3
Beratung im Innenausschuss mit Experten *(etwa 25 Minuten)*

Die Abgeordneten sitzen auf einer Seite, der Ausschussvorsitzende in der Mitte, die Experten sitzen den Abgeordneten gegenüber. Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung. Er moderiert die Befragung der Experten. Er achtet darauf, dass sich alle Beteiligten bei Fragen und Antworten kurzfassen (jeweils maximal eine Minute). Am Ende schließt er die Sitzung.

Phase 2
Zweite Fraktionssitzung *(etwa 10 Minuten)*

Die Fraktionsvertreter finden sich wieder an ihren Gruppentischen ein. Sie bereiten kurze Reden für die Bürgerschaftssitzung vor (jeder für maximal eine Minute Redezeit). Jeder Fraktionsvertreter soll später eine Rede halten – sie müssen also die Argumente aufteilen.

Phase 5
Zweite Bürgerschaftssitzung *(etwa 15 Minuten)*

Die Schüler sitzen wieder als Fraktionen zusammen, die Präsidentin und die Vizepräsidentin vor allen. Die Präsidentin eröffnet die Sitzung, ruft den entsprechenden Tagesordnungspunkt auf, bittet die Redner nach vorn, lässt die Fraktionsvertreter abstimmen, verkündet das Ergebnis und schließt die Sitzung wieder.

Rollenkarte

Bürgerschaftspräsidentin und Vizepräsidentin

Ihr leitet die Sitzungen der Bürgerschaft. Ihr ruft die Namen der Redner auf, achtet auf eine faire und angemessene Atmosphäre, d. h. Zwischenrufe dürfen z. B. nicht beleidigend sein. Ihr lasst am Ende über die Gesetzesvorlage abstimmen.

Eure Aufgaben ...

in Phase 1
Erste Bürgerschaftssitzung

- ✘ Ihr eröffnet die Sitzung.
- ✘ Ihr ruft den Tagesordnungspunkt auf: „Wir kommen zu Punkt 41 der Tagesordnung, Drucksache 19/3253: Entwurf eines Gesetzes über das Verbot des Mitführens und des Verkaufs von Glasgetränkebehältnissen in bestimmten Gebieten (GlasflaschenverbotsG) (Senatsantrag) – die Fraktion ‚Sicherheitspartei' möchte diese Drucksache an den Innenausschuss überweisen. Die Fraktionen sind übereingekommen, das ohne Debatte zu tun. Wer einer Überweisung der Drucksache 19/3253 an den Innenausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen." [Ihr zählt die Jastimmen.] „Die Gegenprobe." [Ihr zählt die Neinstimmen.] „Enthaltungen?" [Ihr zählt die Enthaltungen.] „Das Überweisungsbegehren ist einstimmig angenommen. Dies war der letzte Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung. Hiermit schließe ich die Sitzung."

in Phase 2
Erste Fraktionssitzung

- ✘ Ihr seid bei der Fraktionssitzung der „Sicherheitspartei" anwesend, da Ihr Mitglied dieser Fraktion seid. Ihr könnt Eure Fraktionskollegen beraten – eine Rede werdet Ihr später nicht halten.

in Phase 3
Beratung im Innenausschuss mit Experten

- ✘ Hier seid Ihr nur Zuschauer.

in Phase 4
Zweite Fraktionssitzung

- ✘ Ihr seid bei der Fraktionssitzung der „Sicherheitspartei" anwesend, da Ihr Mitglied dieser Fraktion seid. Ihr könnt Eure Fraktionskollegen beraten – eine Rede werdet Ihr später nicht halten.

Rollenkarte

Bürgerschaftspräsidentin und Vizepräsidentin

in Phase 5
Zweite Bürgerschaftssitzung

- ✘ Ihr ruft den Tagesordnungspunkt auf: „Ich rufe Punkt 28 der Tagesordnung auf, Bericht des Innenausschusses: Entwurf eines Gesetzes über das Verbot des Mitführens und des Verkaufs von Glasgetränkebehältnissen in bestimmten Gebieten. [Bericht des Innenausschusses über die Drucksache 19/3253: Entwurf eines Gesetzes über das Verbot des Mitführens und des Verkaufs von Glasgetränkebehältnissen in bestimmten Gebieten (GlasflaschenverbotsG) (Senatsantrag) – Drucksache 19/3397] Wer wünscht das Wort? – Frau/Herr Abgeordnete/-r N. N., bitte." Später ruft Ihr diejenigen nacheinander auf, die sich an der Debatte beteiligen wollen. Ihr achtet auf die Wortwahl, die Lautstärke im Raum und darauf, dass niemand länger als eine Minute spricht. Die Fraktionen kommen – ggf. in mehreren Runden – der Reihe nach dran. Auch der Innensenator kann sich zu Wort melden.
- ✘ Ihr lasst die Abgeordneten anschließend abstimmen, verkündet das Ergebnis: „Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt dem Gesetz über das Verbot des Mitführens und des Verkaufs von Glasgetränkebehältnissen in bestimmten Gebieten in zweiter Lesung zu, den bitte ich um das Handzeichen." [Ihr zählt die Jastimmen.] „Die Gegenprobe." [Ihr zählt die Neinstimmen.] „Enthaltungen?" [Ihr zählt die Enthaltungen.] „Somit ist das Gesetz in erster Lesung beschlossen. Es bedarf einer zweiten Lesung."
- ✘ Ihr fragt den Innensenator – als Vertreter des Senats –, ob „der Senat mit einer sofortigen zweiten Lesung einverstanden" ist. Ihr fragt die Abgeordneten, ob es in dieser Sache „Widerspruch aus dem Hause gibt". Sagt der Senat Nein oder sind Abgeordnete nicht einverstanden, müsste die zweite Lesung in einer neuen Sitzung erfolgten. Gibt es keine Probleme, so könnt Ihr weitermachen.
- ✘ Ihr lasst ein zweites Mal abstimmen, verkündet das Ergebnis und schließt dann die Sitzung: „Wer stimmt dem Gesetz über das Verbot des Mitführens und des Verkaufs von Glasgetränkebehältnissen in bestimmten Gebieten in zweiter Lesung zu, den bitte ich um das Handzeichen." [Ihr zählt die Jastimmen.] „Die Gegenprobe." [Ihr zählt die Neinstimmen.] „Enthaltungen?" [Ihr zählt die Enthaltungen.] „Dann ist das mit Mehrheit so beschlossen. Dies war der letzte Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung. Hiermit schließe ich die Sitzung."

Info!

Der Senat könnte die sofortige zweite Lesung ablehnen, wenn er den Eindruck hat, dass er seine Lösungsvorschläge nochmals ausgiebig darlegen sollte. Widerspruch bei den Abgeordneten könnte es geben, falls diese übereilte Beschlüsse befürchten – und das Thema deshalb nochmals diskutieren wollen.

Rollenkarte — Innensenator

Ihr repräsentiert den Hamburger Senat. Der Senat wird von der „Sicherheitspartei“ unterstützt, weshalb der Senat für das Glasflaschenverbot ist. Neben den Argumenten, die auch die Abgeordneten der Partei vertreten und vorstellen, stellt Ihr auch die Situation und Position der Polizei dar, da die Polizei dem Innensenator unterstellt ist. Die Polizei würde ein Verbot begrüßen, da dies zu einer Verbesserung der Sicherheitssituation führen würde und man rechtzeitig das Tragen von Glasflaschen kontrollieren könnte. Die Polizei hätte dann eine bessere Handhabe, um Straftaten im Vorwege zu verhindern. Zudem würden auch Angriffe auf Polizisten verhindert werden. Die Erfahrung der Polizei zeige, dass Glasflaschen eine häufige Tatwaffe sind, da sie ein Täter in einer Affektsituation bereits in der Hand halte. Ihr unterstützt ansonsten die Argumente der „Sicherheitspartei“. Ihr solltet zur Vorbereitung Eurer Position auch noch einmal im Internet auf www.hamburgische-buergerschaft.de recherchieren, welche Position der Senat in der Debatte vertrat.

Eure Aufgaben ...

in Phase 1
Erste Bürgerschaftssitzung

- ✘ Ihr seid während der ersten Bürgerschaftssitzung anwesend – mit abstimmen dürft Ihr nicht! Ihr sitzt neben der Präsidentin und dem Vizepräsidenten.

in Phase 2
Erste Fraktionssitzung

- ✘ Ihr seid bei der Fraktionssitzung der „Sicherheitspartei“ anwesend. Ihr könnt Eure Fraktionskollegen beraten. Ihr werdet später auch eine Rede halten müssen.

in Phase 3
Beratung im Innenausschuss mit Experten

- ✘ Ihr seid hier der Vertreter des Senats. Die Abgeordneten dürfen Euch Fragens stellen. Ihr müsst diese kurz und knapp beantworten.

in Phase 4
Zweite Fraktionssitzung

- ✘ Ihr nehmt wieder an der Fraktionssitzung der „Sicherheitspartei“ teil und könnt die Fraktionskollegen beraten. Gleichzeitig nutzt Ihr die Zeit, um Eure Rede (Redezeit: eine Minute) für die zweite Bürgerschaftssitzung vorzubereiten, in der Ihr die Position des Senats darlegt.

in Phase 5
Zweite Bürgerschaftssitzung

- ✘ Ihr sagt der Bürgerschaftspräsidentin, dass Ihr eine Rede halten wollt. Wenn sie Euch bittet, das Wort zu ergreifen, tragt Ihr Eure Position vor.
- ✘ Da Ihr kein Mitglied der Bürgerschaft seid, dürft Ihr nicht mit abstimmen.
- ✘ Wenn Euch die Präsidentin fragt, ob Ihr einer „sofortigen zweiten Lesung zustimmt“, beantwortet Ihr dies mit „Ja“, denn Ihr wollt ja, dass das Gesetz schnell beschlossen wird.

Rollenkarte — „Sicherheitspartei“

Ihr vertretet die Position, dass es unbedingt zu einem Glasflaschenverbot kommen muss. Freitag-, Sonnabend- und Sonntagnacht sowie in der Nacht vor Feiertagen und der darauffolgenden Nacht soll es in der Zeit zwischen 22 Uhr und 6 Uhr verboten sein, Glasflaschen auf dem Kiez bei sich zu tragen. Ihr wollt die Regelung für zunächst vier Jahre durchsetzen und dann nach einer Untersuchung, ob sich die Regelung bewährt hat, erneut entscheiden. Ihr habt die absolute Mehrheit der Sitze in der Bürgerschaft. Euer wesentliches Argument ist die höhere Sicherheit, die für die Hamburgerinnen und Hamburger, aber auch die Gäste erreicht werden soll. Im Jahr 2008 kam es zu 128 gewalttätigen Auseinandersetzungen, bei denen Glasflaschen verwendet wurden. Die Stadt hat die Aufgabe, dies zu verhindern. Sicherheit gehe vor, dies ist zudem ein Bedürfnis für alle Hamburgerinnen und Hamburger. Neben dem Verbot von Waffen sei ein Glasflaschenverbot ein wesentlicher Baustein für die Sicherheit auf dem Kiez. Für die Verkäufer auf dem Kiez sagt Ihr mehr Umsatz voraus, da die Besucher weniger Getränke mitbringen dürfen und jetzt auf dem Kiez Getränke ohne Glas kaufen werden.

Eure Aufgaben ...

in Phase 1
Erste Bürgerschaftssitzung

- ✘ In der ersten Bürgerschaftssitzung stimmt Ihr für eine Überweisung der Drucksache 19/3253 an den Innenausschuss.

in Phase 2
Erste Fraktionssitzung

- ✘ Während der Beratung Eurer Fraktion recherchiert Ihr weitere Argumente, die für ein Glasflaschenverbot sprechen. Ihr überlegt, welche Argumente Euch entgegengehalten werden könnten. Ihr überlegt Euch gemeinsam Fragen, die Ihr den Experten stellen wollt.

in Phase 3
Beratung im Innenausschuss mit Experten

- ✘ Ihr dürft dem Innensenator und den Experten Fragen stellen.
- ✘ Am Ende der Sitzung gebt Ihr Eure Stimme ab, wenn der Ausschussvorsitzende fragt, welche Empfehlung der Ausschuss der Bürgerschaft geben möchte.

in Phase 4
Zweite Fraktionssitzung

- ✘ Ihr nehmt an der Fraktionssitzung der „Sicherheitspartei“ teil. Ihr legt fest, wer später in der Bürgerschaftssitzung welche Argumente vortragen wird, und bereitet Eure eigene Rede (Redezeit: eine Minute) vor. In Eurer Rede könnt Ihr Eure eigenen Argumente nennen bzw. untermauern oder aber versuchen, Gegenargumente zu entkräften.

in Phase 5
Zweite Bürgerschaftssitzung

- ✘ Ihr sagt der Bürgerschaftspräsidentin, dass Ihr eine Rede halten wollt. Wenn sie Euch bittet, das Wort zu ergreifen, tragt Ihr Eure Rede vor. Wenn andere Abgeordnete ihre Reden halten, könnt Ihr diese durch Zwischenrufe kommentieren.
- ✘ Bei den Abstimmungen stimmt Ihr für das Verbot.
- ✘ Ihr erhebt keinen Widerspruch gegen eine „sofortige zweite Lesung“.

Rollenkarte „Alternativpartei"

Ihr vertretet die Position, dass es grundsätzlich zu keinem Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit auf dem Kiez kommen soll. Denn für Euch ist übermäßiger Alkoholkonsum das Hauptproblem. Auch Plastikflaschen sind für Euch deshalb keine Lösung. Außerdem wären diese noch umweltschädlicher.
Ihr wollt zudem, dass die Besucher des Hamburger Kiezes an den Eingängen kontrolliert werden – mit Metalldetektoren wie am Flughafen. Auf diese Weise würde man unerwünschte Besucher abschrecken und Waffen vom Kiez fernhalten. Alkoholisierten Personen soll im Rahmen der Kontrollen der Eintritt verboten werden.

Eure Aufgaben ...

in Phase 1
Erste Bürgerschaftssitzung

- ✘ In der ersten Bürgerschaftssitzung stimmt Ihr für eine Überweisung der Drucksache 19/3253 an den Innenausschuss.

in Phase 2 — erste Fraktionssitzung

- ✘ Während der Beratung Eurer Fraktion recherchiert Ihr weitere Argumente, die für ein Glasflaschenverbot sprechen. Ihr überlegt, welche Argumente Euch entgegengehalten werden könnten. Ihr überlegt Euch gemeinsam Fragen, die Ihr den Experten stellen wollt.

in Phase 3 — Beratung im Innenausschuss mit Experten

- ✘ Ihr dürft dem Innensenator und den Experten Fragen stellen.
- ✘ Am Ende der Sitzung gebt Ihr Eure Stimme ab, wenn der Ausschussvorsitzende fragt, welche Empfehlung der Ausschuss der Bürgerschaft geben möchte.

in Phase 4 — zweite Fraktionssitzung

- ✘ Ihr nehmt an der Fraktionssitzung der „Alternativpartei" teil. Ihr legt fest, wer später in der Bürgerschaftssitzung welche Argumente vortragen wird, und bereitet Eure eigene Rede (Redezeit: eine Minute) vor. In Eurer Rede könnt Ihr Eure eigenen Argumente nennen bzw. untermauern oder aber versuchen, Gegenargumente zu entkräften.

in Phase 5 — zweite Bürgerschaftssitzung

- ✘ Ihr sagt der Bürgerschaftspräsidentin, dass Ihr eine Rede halten wollt. Wenn sie Euch bittet, das Wort zu ergreifen, tragt Ihr Eure Rede vor. Wenn andere Abgeordnete ihre Reden halten, könnt Ihr diese durch Zwischenrufe kommentieren.
- ✘ Bei den Abstimmungen stimmt Ihr für das Verbot.
- ✘ Ihr erhebt keinen Widerspruch gegen eine „sofortige zweite Lesung".

Rollenkarte „Freiheitspartei"

Ihr vertretet die Position, dass es zu keinem Glasflaschenverbot kommen soll. Ihr stellt den Vorsitzenden des Innenausschusses.
Euer wesentliches Argument ist, dass es bereits zu genug Einschränkungen der Freiheit durch Waffenverbote und Kameras für die Hamburgerinnen und Hamburger, aber auch die Gäste gekommen ist. Ihr seid der Meinung, dass man bei einem Flaschenverbot auch weitere Gegenstände, wie z. B. Handys, verbieten müsste, da auch diese zur Verabredung für Gewalttaten oder gar selbst als Waffe benutzt werden könnten. Die Menschen sollten selbst entscheiden, aus welchen Gefäßen sie trinken wollen, und nicht die Stadt. Ihr befürchtet, dass es zu weiteren Einschränkungen kommt, wenn man erst einmal mit solch einer Regelung beginnt. Für die Verkäufer auf dem Kiez sagt Ihr weniger Umsatz voraus, da die Besucher ihre Getränke nur ungern aus Plastikflaschen trinken wollen und fortan vor dem Besuch des Kiezes Alkohol konsumieren. Somit bestehe die Gefahr, dass die Besucher des Kiezes bereits stärker alkoholisiert auf den Kiez kommen und es daraufhin auf den Straßen zu mehr Straftaten komme.

Eure Aufgaben ...

in Phase 1 — erste Bürgerschaftssitzung

- ✘ In der ersten Bürgerschaftssitzung stimmt Ihr für eine Überweisung der Drucksache 19/3253 an den Innenausschuss.

in Phase 2 — erste Fraktionssitzung

- ✘ Während der Beratung Eurer Fraktion recherchiert Ihr weitere Argumente, die gegen ein Glasflaschenverbot sprechen. Ihr überlegt, welche Argumente Euch entgegengehalten werden könnten. Ihr überlegt Euch gemeinsam Fragen, die Ihr den Experten stellen wollt.

in Phase 3
Beratung im Innenausschuss mit Experten

- ✘ Ihr dürft dem Innensenator und den Experten Fragen stellen.
- ✘ Am Ende der Sitzung gebt Ihr Eure Stimme ab, wenn der Ausschussvorsitzende fragt, welche Empfehlung der Ausschuss der Bürgerschaft geben möchte.

in Phase 4 — zweite Fraktionssitzung

- ✘ Ihr nehmt an der Fraktionssitzung der „Freiheitspartei" teil. Ihr legt fest, wer später in der Bürgerschaftssitzung welche Argumente vortragen wird, und bereitet Eure eigene Rede (Redezeit: eine Minute) vor. In Eurer Rede könnt Ihr Eure eigenen Argumente nennen bzw. untermauern oder aber versuchen, Gegenargumente zu entkräften.

in Phase 5 — zweite Bürgerschaftssitzung

- ✘ Ihr sagt der Bürgerschaftspräsidentin, dass Ihr eine Rede halten wollt. Wenn sie Euch bittet, das Wort zu ergreifen, tragt Ihr Eure Rede vor. Wenn andere Abgeordnete ihre Reden halten, könnt Ihr diese durch Zwischenrufe kommentieren.
- ✘ Bei den Abstimmungen stimmt Ihr gegen das Verbot.
- ✘ Ihr erhebt keinen Widerspruch gegen eine „sofortige zweite Lesung".

Zusatz für den Ausschussvorsitzenden:

Du leitest in Phase 3 die Sitzung des Innenausschusses. Obwohl Du zur „Freiheitspartei" gehörst, leitest Du die Sitzung fair und achtest auf angemessene Wortwahl. Zum Ablauf:

- ✘ Du eröffnest die Sitzung. Hier gibst Du noch mal einen kurzen neutralen Überblick über das zu behandelnde Thema.
- ✘ Du moderierst die Fragen der Abgeordneten und die Antworten des Innensenators bzw. der anderen Experten.
- ✘ Anschließend forderst Du die Mitglieder auf, sich in einer Abstimmung zu äußern, ob der Innenausschuss der Bürgerschaft empfiehlt, dem Gesetzesentwurf zuzustimmen oder diesen abzulehnen. (Die Mehrheit wird das Gesetz befürworten.) Du verkündest das Ergebnis der Empfehlung und schließt die Ausschusssitzung.

Rollenkarte — Kriminalexpertin

Ihr tragt Eure Expertensicht in der Ausschusssitzung vor. Ihr tragt vor, dass sich ein Verbot sicher beruhigend auf die Situation im Kiez auswirken würde, es sei jedoch nicht sicher, dass es nun zu weniger Straftaten käme, da es weiterhin zu Konflikten unter den Besuchern kommen werde. Es sei zwar richtig, dass es unter Alkoholeinfluss zu Kurzschlussreaktionen komme und dann die Waffe, die man in der Hand halte, die Waffe sei, die man einsetze, doch finde man sicher schnell auch andere Gegenstände. Das weitere Problem seien die Kontrollen, die zu erhöhten Kosten führen würden, denn nur durch Kontrollen würde ein Verbot auch umgesetzt werden können. Es müsse grundsätzlich eine Überprüfung nach einer möglichen Einführung geben, die zeigt, ob ein Verbot erfolgreich sei.

Eure Aufgaben …

in Phase 1
Erste Bürgerschaftssitzung
- ✘ Hier seid Ihr nur Zuschauer.

in Phase 2
Erste Fraktionssitzung
- ✘ Bereitet Euch sorgfältig darauf vor, später im Innenausschuss ganz kurz auf Fragen der Abgeordneten zu antworten und Eure Expertensicht vorzustellen. Ihr könnt in dieser Phase noch weitere Aspekte aus der kriminalistischen Sicht recherchieren. Wichtig ist, dass es sich dabei nicht um Meinungen, sondern um Fakten handelt.

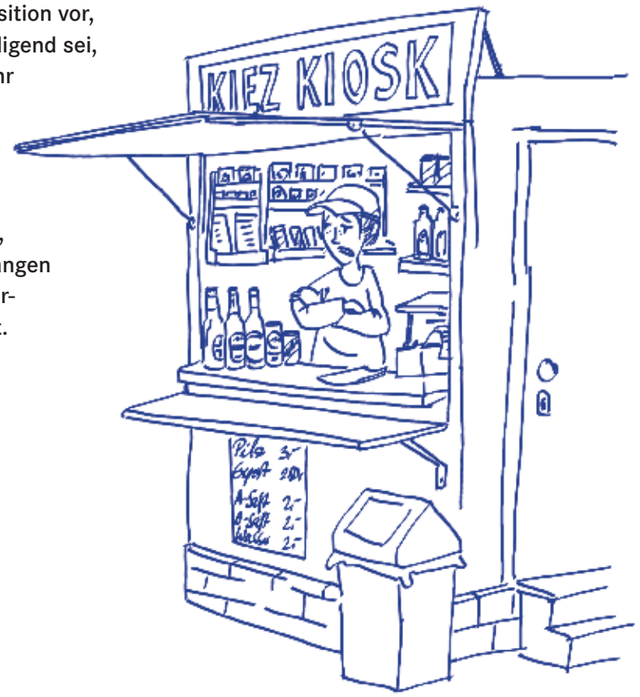
in Phase 3
Beratung im Innenausschuss mit Experten
- ✘ Ihr seid hier als Kriminalexperte zu Gast. Die Abgeordneten dürfen Euch Fragen stellen. Ihr müsst diese kurz und knapp beantworten.

in Phase 4
Zweite Fraktionssitzung
und Phase 5
Zweite Bürgerschaftssitzung
- ✘ Hier seid Ihr nur Zuschauer.

Notizen

Rollenkarte — Vertreter ansässiger Unternehmen

Ihr tragt als Vertreter der auf dem Kiez ansässigen Unternehmen die Position vor, dass es für Euch geschäftsschädigend sei, wenn Ihr keine Glasflaschen mehr verkaufen dürftet, dies jedoch zwei Straßen weiter, d. h. außerhalb der Zone, noch erlaubt sei. Ihr würdet dadurch bestraft werden, obwohl Ihr nie eine Straftat begangen habt. Wenn man Glasflaschen verbieten möchte, dann bundesweit.



Eure Aufgaben …

in Phase 1
Erste Bürgerschaftssitzung
- ✘ Hier seid Ihr nur Zuschauer.

in Phase 2
Erste Fraktionssitzung
- ✘ Bereitet Euch sorgfältig darauf vor, später im Innenausschuss ganz kurz auf Fragen der Abgeordneten zu antworten und Eure Sichtweise vorzustellen. Ihr könnt in dieser Phase noch weitere Aspekte des Problems recherchieren.

in Phase 3
Beratung im Innenausschuss mit Experten
- ✘ Ihr seid hier als Vertreter der ansässigen Unternehmen zu Gast. Die Abgeordneten dürfen Euch Fragen stellen. Ihr müsst diese kurz und knapp beantworten.

in Phase 4
Zweite Fraktionssitzung
und Phase 5
Zweite Bürgerschaftssitzung
- ✘ Hier seid Ihr nur Zuschauer.

Notizen

Rollenkarte — Partyveranstalterin

Ihr seid als Partyveranstalterin gegen das Glasflaschenverbot auf dem Kiez. Ihr findet es ungerecht, wenn wegen 128 Fällen alle vier Millionen Besucher bestraft würden. Glasflaschen gehören Eurer Ansicht nach zur Partykultur.

Eure Aufgaben ...

in Phase 1
Erste Bürgerschaftssitzung

✘ Hier seid Ihr nur Zuschauer.

in Phase 2
Erste Fraktionssitzung

✘ Bereitet Euch sorgfältig darauf vor, später im Innenausschuss ganz kurz auf Fragen der Abgeordneten zu antworten und Eure Sichtweise vorzustellen. Ihr könnt in dieser Phase noch weitere Aspekte des Problems recherchieren.

in Phase 3
Beratung im Innenausschuss mit Experten

✘ Ihr seid hier in der Rolle des Partyveranstalters, der von einem entsprechenden Gesetz betroffen wäre, zu Gast. Die Abgeordneten dürfen Euch Fragen stellen. Ihr müsst diese kurz und knapp beantworten.

in Phase 4
Zweite Fraktionssitzung
und Phase 5
Zweite Bürgerschaftssitzung

✘ Hier seid Ihr nur Zuschauer.

Notizen

M20 Bürgerschaft beschließt erneut Glasflaschenverbot

Hamburg – Im Jahr 2008 hatte die Stadt Hamburg beschlossen, dass es Freitag-, Sonnabend- und Sonntagnacht sowie in der Nacht vor Feiertagen und der darauffolgenden Nacht verboten ist, zwischen 22 Uhr und 6 Uhr Glasflaschen auf dem Kiez bei sich zu tragen und zu verkaufen. Das Gesetz galt für vier Jahre und stand in diesem Jahr auf dem Prüfstand. Die Polizei berichtete, dass die Straftaten mit Glasflaschen im Jahr 2012 auf 87 zurückgegangen seien. Die Schwere der Verletzungen nach gewalttätigen Auseinandersetzungen habe sich nach Angaben der Polizei zudem deutlich verringert. Aus diesem Grund hat sich die Bürgerschaft entschlossen, das Glasflaschenverbot um weitere vier Jahre zu verlängern.

Aufgaben zu M 19

69. **Ordnet die Phasen des Planspiels und die Informationen aus M 18 Eurer Kreislaufskizze zu, welche Ihr auf einer DIN-A4-Seite erstellt habt (vergleiche Aufgabe 62 aus M 17). Dieses Mal ist das Glasflaschenverbot das Thema des Kreislaufs.**

70. **Entscheidet nun selbst: Seid Ihr für das Glasflaschenverbot? Diskutiert in Eurer Klasse.**

71. **Stimmt ab, ob Ihr für oder gegen ein Verbot von Glasflaschen seid. Vergleicht das Ergebnis mit der Abstimmung am Anfang der Beschäftigung mit dem Thema. Gibt es Veränderungen? Wer hat seine Meinung geändert? Warum?**

Notizen

Glossar

Abgeordnete

Die Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft werden von den Wahlberechtigten Hamburgs in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreterinnen und Vertreter aller Bürgerinnen und Bürger Hamburgs. An Aufträge und Weisungen nicht gebunden, entscheiden sie nach ihrer freien Überzeugung. Dieser Freiheit der Abgeordneten steht die Fraktionsdisziplin gegenüber – die Absicht einer Fraktion, nach außen geschlossen auftreten zu wollen, eine klare Position zu vertreten. Schließlich ist man bei der Wahl mit bestimmten Standpunkten angetreten.

Ältestenrat

Der Ältestenrat besteht aus dem Präsidenten/der Präsidentin, den Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten sowie weiteren von den Fraktionen zu benennenden Mitgliedern. In der Regel sind dies die Fraktionsvorsitzenden und Geschäftsführer oder Abgeordnete mit herausgehobenen Funktionen.
Der Ältestenrat unterstützt den Präsidenten/die Präsidentin bei der Führung der Geschäfte und regelt vor allem den Ablauf der Parlamentsarbeit.
Er legt beispielsweise den Termin- und Arbeitsplan des Parlaments fest.

Anfragen

Durch Anfragen können die Abgeordneten ihr Kontrollrecht gegenüber dem Senat wahrnehmen. Dies bietet insbesondere der Opposition die Möglichkeit, dem Senat Fragen zu stellen, die dieser beantworten muss. Es gibt schriftliche „Große Anfragen“ und „Schriftliche Kleine Anfragen“.

Ausschuss

Die Bürgerschaft hat Fachausschüsse mit beratungs- und gesetzesvorbereitender Funktion. Die Ausschüsse, in denen sich ein großer Teil der Parlamentsarbeit vollzieht, werden entsprechend dem Verhältnis der Fraktionsstärken besetzt. Dazu kommt als ständiger Ausschuss der Eingabenausschuss.

Drucksache

Alle Vorlagen für die Bürgerschaft werden gedruckt und an die Abgeordneten, die Fraktionen, den Senat und die Presse verteilt. Jede Drucksache erhält eine Nummer, welche sich aus der Nummer der Wahlperiode und einer fortlaufenden Nummer zusammensetzt, z. B. 20/1. Drucksachen findet Ihr in der Parlamentsdatenbank.

Fraktion

Eine Fraktion ist ein Zusammenschluss von mindestens sechs Bürgerschaftsmitgliedern, die in der Regel einer Partei angehören. Auch Parteilose können sich einer Fraktion anschließen, mit deren Zielen sie einverstanden sind. Kleinere Vereinigungen werden als Gruppe bezeichnet. Abgeordnete, die sich in keiner Weise zusammenschließen, sind fraktionslos. Von der zahlenmäßigen Stärke der Fraktion in der Bürgerschaft hängt es ab, wie viele Sitze die Abgeordneten einer Fraktion zum Beispiel in einem Ausschuss erhalten.

Koalition

Parteien gehen Koalitionen ein, um gemeinsam die Regierungsverantwortung übernehmen zu können und im Parlament bei Abstimmungen und Entscheidungen die erforderliche Mehrheit zu erreichen.

Opposition

Als Opposition werden alle nicht die Regierung unterstützenden Fraktionen sowie fraktionslose Abgeordnete in einem Parlament bezeichnet. Sie ist somit die politische Alternative zur Regierungsmehrheit. Ihre Aufgabe ist es, die Kritik am Regierungsprogramm im Grundsatz und im Einzelfall öffentlich zu vertreten. Sie wird in der Verfassung als „ein wesentlicher Bestandteil der parlamentarischen Demokratie“ beschrieben.

Partei

Eine Partei ist eine Vereinigung von politisch gleichgesinnten Menschen, die langfristig an der politischen Willensbildung mitwirken und sich an Landtags- oder Bundestagswahlen beteiligen wollen. Die Gründung einer Partei ist in der Bundesrepublik frei; ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen.

Parlament

Das Parlament ist die Volksvertretung. Im Stadtstaat Hamburg ist das Landesparlament die Hamburgische Bürgerschaft. Auf Bundesebene ist das Parlament der Deutsche Bundestag.

Plenum

Plenum bezeichnet die Vollversammlung der Mitglieder einer Volksvertretung. Im Plenum – auch Plenar- oder Bürgerschaftssitzung genannt – werden die Entscheidungen getroffen.

Für junge Menschen ist schulische Bildung zum politischen System des Bundeslandes, in dem sie leben, ein bedeutender Bestandteil für die Herausbildung ihrer politischen Handlungs- und Urteilskompetenzen. Fragen wie „Warum soll man überhaupt wählen?“, „Was machen die Politiker?“ oder „Was bedeutet eigentlich Bürgerschaft?“ können Schülerinnen und Schüler ohne eine gute schulische Bildung oft nur schwer oder gar nicht beantworten.

Das vorliegende Unterrichtsmaterial vermittelt deshalb Kenntnisse und Kompetenzen über die Funktionen und Arbeitsweisen der Hamburgischen Bürgerschaft als zentrale Institution des politischen Systems Hamburgs.
Es ist als Lehrerheft konzipiert.
Die Materialien sind so aufbereitet, das die Seiten als Kopiervorlagen für die Schülerinnen und Schüler dienen können. Für die Lehrerinnen und Lehrer sind im hinteren Teil Lösungshinweise zusammen gestellt.